

Senioren-genossenschaften

Senioren-genossenschaften als Baustein im Welfare Mix beruhen auf dem Prinzip der selbstorganisierten gegenseitigen Hilfe. *Stefanie Fraaß, Edmund Görtler* und *Doris Rosenkranz* berichten über „Senioren-genossenschaften – Struktur und Erfolgskriterien eines Modells organisierter Solidariät in Deutschland. Ergebnisse der

ersten umfassenden Studie im Rahmen eines BMBF-Projekts“. *Ursula Köstler* und *Frank Schulz-Nieswandt* stellen ihre Analyse „Zur Logik von Senioren-genossenschaften“ vor. *Volkhard Kiesel* gibt einen Überblick über „20 Jahre erfolgreich Helfen von und mit Senioren – SeniorenNachbarschaftsHilfe Hofheim“.

informationsdienst altersfragen

ISSN 1614-3566
A 20690E

Heft 02, März / April 2016
43. Jahrgang

Herausgeber:
Deutsches Zentrum
für Altersfragen

02

Inhalt

Aus der Altersforschung

- 3 Seniorengenossenschaften – Struktur und Erfolgskriterien eines Modells organisierter Solidarität in Deutschland. Ergebnisse der ersten umfassenden Studie im Rahmen eines BMBF-Projektes. *Stefanie Fraaß, Edmund Görtler und Doris Rosenkranz*
- 12 Zur Logik von Seniorengenossenschaften *Ursula Köstler und Frank Schulz-Nieswandt*
- 19 Kurzinformationen aus der Altersforschung

Aus Politik und Praxis der Altenhilfe

- 21 20 Jahre erfolgreich Helfen von und mit Senioren – SeniorenNachbarschaftsHilfe Hofheim *Volkhard Kiesel*
- 24 Kurzinformationen aus Politik und Praxis der Altenhilfe

Aus dem Deutschen Zentrum für Altersfragen

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Zentrum für Altersfragen
Manfred-von-Richthofen-Straße 2
12101 Berlin
Telefon (030) 2607400, Fax (030) 7854350

DZA im Internet:

www.dza.de

Presserechtlich verantwortlich:

Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer

Redaktion:

Cornelia Au
ida@dza.de

Gestaltung und Satz:

Mathias Knigge (grauwert, Hamburg)
Kai Dieterich (morgen, Berlin)

Druck:

Fatamorgana Verlag, Berlin

Der Informationsdienst erscheint zwei-monatlich. Bestellungen sind nur im Jahresabonnement möglich. Jahresbezugspreis 25,- EURO einschließlich Versandkosten; Kündigung mit vierteljährlicher Frist zum Ende des Kalenderjahres. Bezug durch das DZA. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken oder Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Das DZA wird institutionell gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

ISSN 1614-3566

Senioren-genossenschaften – Struktur und Erfolgskriterien eines Modells organisierter Solidarität in Deutschland. Ergebnisse der ersten umfassenden Studie im Rahmen eines BMBF-Projektes.

Stefanie Freaß, Edmund Görtler und Doris Rosenkranz ¹

¹ Dieser Artikel basiert auf den Beiträgen von Freaß (2015) und Görtler (2015) in Beyer; Görtler; Rosenkranz (2015).

Wie wollen wir im Alter leben? Wie können wir im Alter leben?

Die höhere Lebenserwartung führt in den kommenden Jahren zu einem Anstieg der Zahl älterer Menschen in Deutschland. Virulent wird dies, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ab dem Jahr 2030 das Rentenalter erreichen werden. Gleichzeitig wird die zuverlässige, niedrighschwellige Versorgung im Alter durch die Veränderungen der Lebensformen und der privaten Lebensführung vor eine große Herausforderung gestellt. Wer organisiert und übernimmt alltagsnahe Unterstützungsleistungen für ältere Menschen, wenn Kinder und Enkelkinder, soweit vorhanden, weit entfernt leben? Den sogenannten „Baby-Boomern“ steht aufgrund der steigenden Lebenserwartung eine längere aktive Lebensspanne nach dem Übergang in den Ruhestand zur Verfügung. In dieser Phase können im Laufe des Lebens erworbenes wertvolles Wissen und Zeit sinnvoll genutzt werden. Der Übergang der Erwerbs- in die Nacherwerbszeit wird von Vielen mit Vorfreude erwartet, es besteht jedoch die Gefahr bei vielen Seniorinnen und Senioren, einen strukturierten Alltag zu vermissen, der mit Wertschätzung und Gebrauchtwerden verbunden ist. Bürgerschaftliches Engagement stellt eine Möglichkeit dar, gerade in dieser Lebensspanne eine wichtige Rolle zur Sinnggebung und Förderung von Geselligkeit zu spielen, und dabei sowohl Unterstützung als auch Anerkennung zu erhalten. Auch den Wunsch nach möglichst viel Autonomie im Alter kann bürgerschaftliches Engagement in den unterschiedlichsten Ausprägungen unterstützen. So sind z.B. nachbarschaftliche Hilfen eine Form der gegenseitigen Unterstützung, die es vielen Menschen gerade in höherem Alter ermöglicht, auch bei Hilfebedarf weiterhin in den eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben.

Um die Umwälzungen des demografischen Wandels auf das gesellschaftliche Miteinander zu untersuchen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2009 die Förderrichtlinie „Silqua FH – Fachhochschulen forschen Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Förderung sollen innovative und praxisnahe Konzepte für das Leben im Alter entwickelt werden. Als eine dieser Innovationen sehen die Autor/-inn/-en Senioren-genossenschaften als eine langfristig angelegte, organisierte Form der Solidarität.

Wie kann dem Wunsch vieler älterer Menschen entsprochen werden, möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden zu leben? Welchen Beitrag leisten Senioren-genossenschaften dabei? Stellen sie ein Versorgungsmodell für die Zukunft dar? Dies sind Fragen des im Rahmen der Förderlinie finanzierten empirischen Forschungsprojektes „Senioren-genossenschaften“ unter Leitung von Prof. Dr. Doris Rosenkranz (Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm). Es analysiert erstmals deutschlandweit Senioren-genossenschaften und erforscht, inwieweit diesen Initiativen der Selbsthilfe eine Rolle im Welfare Mix zukommt bzw. welche Rahmenbedingungen zu erfolgreichen Gründungen und langfristiger Existenz führen, aber auch welche Hemmnisse einer Senioren-genossenschaft im Wege stehen können.

Senioren-genossenschaften als eine Form der Daseinsvorsorge

Ziel einer Senioren-genossenschaft ist es, älteren Menschen selbstbestimmtes Leben mit hoher Lebensqualität und ausreichender Versorgung in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Bisherige Forschungen zu Senioren-genossenschaften haben vorwiegend Einzelaspekte untersucht, wie zum Beispiel

Gründungsbedingungen, Motivation oder Leistungsvielfalt. So stellten beispielsweise Köstler und Schulz-Nieswandt die Stabilitätseigenschaften (Köstler 2006) oder die Motive in den Mittelpunkt ihrer Forschung (Köstler und Schulz-Nieswandt 2010), während sich Otto mit der Einordnung der Modellprojekte Seniorengenossenschaften in die Wohlfahrtspolitik beschäftigte (Otto 2015). Aktuelle Untersuchungen, wie etwa die der Technischen Universität Dresden, zeigen insbesondere deren wirtschaftlichen Nutzen für Öffentliche Haushalte auf (Esswein u.a. 2015). Ein Überblick bzw. eine detaillierte und umfassende Untersuchung zum Thema Seniorengenossenschaften fehlte jedoch bisher. Diese Lücke schließt nun das oben genannte multimethodische Forschungsprojekt an der Technischen Hochschule Nürnberg.

Seniorengenossenschaften in der praxisgeleiteten wissenschaftlichen Betrachtung

Anders als klassische Nachbarschaftshilfen sind Seniorengenossenschaften – trotz in Einzelfällen bis zu 25-jährigen Bestehens – in weiten Teilen der Bevölkerung noch unbekannt. Häufig werden einzelne Aspekte des Zusammenlebens mit der Bezeichnung „Seniorengenossenschaft“ in Verbindung gebracht. Die am häufigsten genannten und somit auch bekanntesten Tätigkeitsfelder von Genossenschaften sind die Bereiche Wohnen und Bauen (Theurl u. Wendler 2011). Sozial- und Seniorengenossenschaften werden jedoch häufig nur von Personen wahrgenommen, die im Bereich „Alter und Selbsthilfe“ tätig sind oder dort, wo diese Initiativen bereits existieren und sich diese als „Seniorengenossenschaften“ bzw. „Sozialgenossenschaften“ bezeichnen. In der Praxis werden häufig Begriffe wie „Genossenschaft“ und „Senioren“ bei der Gründung und Namensgebung bewusst vermieden, um das Bild einer klassischen Genossenschaft oder die Einschränkung auf die Zielgruppe „ältere Menschen“ zu vermeiden. Hinzukommt, dass die Mehrheit der als „Seniorengenossenschaften“ bezeichneten Zusammenschlüsse in der Rechtsform des Vereins (e.V.) und nicht als Genossenschaft (eG) tätig ist.² Bisherige

Initiativen wählten überwiegend beschreibende Namen wie etwa „Miteinander füreinander“, „Seniorenhilfe“, „Wir für uns“ oder „Gemeinsam statt Einsam“. Diese Namenswahl gestaltet es auf den ersten Blick schwierig, Initiativen als Seniorengenossenschaften zu identifizieren. Allerdings macht sie es den Initiativen möglich, einen breiteren Teil der Bevölkerung anzusprechen und so potentielle Mitglieder zu erreichen. Im Fokus der Untersuchung stehen daher Organisationen, die nach genossenschaftlichen Grundprinzipien arbeiten, jedoch nicht den Regelungen im Genossenschaftsgesetz unterliegen.

Wenn sich die entsprechenden Organisationen nicht anhand des Namens identifizieren lassen, ist es notwendig, passende Kriterien zu definieren, die erfüllt sein müssen, damit die Zuordnung zu Seniorengenossenschaften vorgenommen werden kann. Hierzu lassen sich in der Literatur Ansatzpunkte finden. So stellte schon Otto 1995 fest, dass Seniorengenossenschaften nur anhand von gemeinsamen Merkmalen / Kennzeichen beschrieben werden können (Otto 1995). Köstler definiert „Seniorengenossenschaften“ wie folgt: „Als gemeinsames Merkmal weisen diese Initiativen das Arbeiten nach dem genossenschaftlichen Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit auf. Außerdem bieten sie Unterstützungsaktivitäten und Gesellung für ältere Menschen an, arbeiten in der Regel mit Zeitkonten und verlagern nach dem Prinzip der Reziprozität den Zeittausch in die Zukunft“ (Köstler 2006: 20). Folgt man Calmbach 2012, so ist zwischen „Seniorengenossenschaften im engeren und weiteren Sinne“ zu unterscheiden (Calmbach 2012: 16), wobei sich die enge Definition an bereits genannter Beschreibung von Köstler 2006 orientiert. Seniorengenossenschaften im weiteren Sinne verzichten ihrer Definition zu Folge, auf die „Partizipation der Mitglieder [...], die zwar Mitgliedsbeiträge entrichten, sich aber nicht [...] aktiv durch gegenseitige Hilfe unterstützen“ (ebd.: 17).

Der Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von Seniorengenossenschaften definiert Seniorengenossenschaften kurz als „alle verbindlichen Vereinbarungen privat organisierter gegenseitiger Unterstützung“ von und für Seniorinnen und Senioren (Rosenkranz und Görtler 2013: 15). Detaillierter findet sich eine

² Die Merkmale der in der Praxis gebräuchlichen Rechtsformen für Seniorengenossenschaften (e.V., eG, GbR und GmbH) werden von Rosenkranz und Görtler im „Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von Seniorengenossenschaften“ tabellarisch dargestellt (Rosenkranz und Görtler 2013: 52f.).

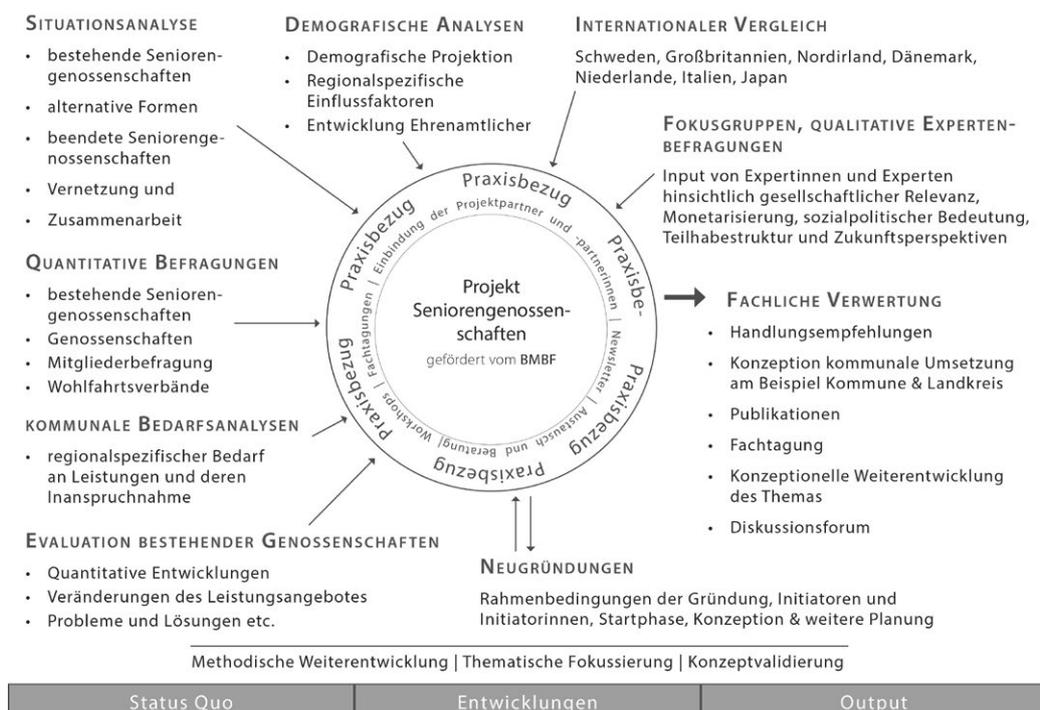
Definition von Seniorengenossenschaften bei Görtler (2015: 30f.): Seniorengenossenschaften werden beschrieben als „eine auf Dauer angelegte Organisation von sich bei (überwiegend im Alter bestehendem) Hilfebedarf füreinander und gegenseitig bürgerschaftlich engagierenden Menschen, die in einem selbstgeschaffenen verbindlichen Rahmen agieren. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder in der Regel eine Aufwandsentschädigung für die Erbringung von Leistungen, die man sich ausbezahlen lassen kann, wenn es sich um eine finanzielle Entschädigung handelt, oder die man zu einem späteren Zeitpunkt abrufen kann, wenn man selbst Hilfe benötigt.“ Es handelt sich demnach bei den Seniorengenossenschaften um Hilfen auf Gegenseitigkeit, um einen verbindlichen Rahmen engagierter Menschen und eine Form des Leistungsbehaltens für die zukünftige Nutzung.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden die in der Literatur vorhandenen Kriterien zur Identifikation der Organisationen als Seniorengenossenschaft herangezogen und um Kriterien der sozialen Praxis der Seniorengenossenschaften erweitert. Demnach werden Seniorengenossenschaften definiert als Organisationen, welche

- a) die Unterstützung auf *Gegenseitigkeit*, also das Einbringen der (noch) vorhandenen Fähigkeiten fördern und
- b) diese mit *freiwilligem* Engagement sowie
- c) einer *verbindlichen* Organisation der Vermittlung von Unterstützungsleistungen, unabhängig davon ob diese haupt- oder ehrenamtlich organisiert wird, verbindet.
- d) Weiterhin sind Seniorengenossenschaften durch eine offene Mitgliedschaft sowie
- e) eine *langfristige Reziprozitätsbeziehung* gekennzeichnet.
- f) Sie handeln nach den Genossenschaftlichkeitsprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation und haben, wie der Name es schon vermuten lässt,
- g) Senioren und Seniorinnen als *Zielgruppe*.

Werden diese Kriterien zugrunde gelegt, resultieren deutschlandweit 220 Organisationen, die als Organisationsform Seniorengenossenschaften gefasst werden können (Stand: 31.12.2015). Dazu zählen nicht nur Organisationen, die den Begriff „Seniorengenossenschaften“ im Namen tragen und als eingetragene Genossenschaft organisiert sind, sondern auch Wohnprojekte, die Leistungen (Einkaufen, Begleitung etc.) für „ihre“ Seniorinnen und Senioren im Austausch untereinander vermitteln und nicht nur extern

Abbildung 1: Methodik des BMBF-Projektes Seniorengenossenschaften



Quelle: Rosenkranz; Görtler; Fraaß (Technische Hochschule Nürnberg): Eigene Darstellung 2015

einkaufen. Außerdem wurden Tauschbörsen, Zeitbanken und Nachbarschaftshilfen aufgenommen, die über einen reinen Austausch der Leistungen hinausgehen und ein Ansparen von Leistungen für Seniorinnen und Senioren ermöglichen.

Forschungsdesign

Das Forschungsprojekt wurde in mehreren Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe der 36-monatigen Laufzeit des Projektes (07/13 – 06/16) stand die Durchführung einer umfassenden Situationsanalyse unter Berücksichtigung gelungener Beispiele und Überwindungsmöglichkeiten von potenziellen Hindernissen im Mittelpunkt. Ergebnis dieser Situationsanalyse ist ein Fahrplan der erfolgreichen Gründung und Betreibung einer Seniorengenossenschaft unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen. Um zu gewährleisten, dass die relevanten Informationen in die Betrachtung einfließen, wurde ein multimethodischer Ansatz gewählt, der die folgenden Perspektiven integriert.

Ausgehend von der *ersten bundesweiten Situationsanalyse aller bestehenden Seniorengenossenschaften* wurden vier quantitative Erhebungen durchgeführt.

- 1) Befragung aller Seniorengenossenschaften in Deutschland
- 2) Untersuchung der Struktur und Entwicklung der Seniorengenossenschaften (Bsp. Entwicklung der Mitgliederzahl, Leistungsangebot, Nachhaltigkeit etc.)
- 3) Befragung der Mitglieder der größten Seniorengenossenschaft in Deutschland, der Seniorenhilfe Dietzenbach (ca. 2.000 Mitglieder).
- 4) Erkenntnisse über die Mitgliedschaft an sich, die Motive, die angebotenen und nachgefragten Leistungen etc.
- 5) Befragung der Einschätzung der aktuellen bzw. der zukünftigen Versorgung der Zielgruppe von Seniorengenossenschaften – Personen ab 60 Jahren.
- 6) Untersuchung des Interesses und des Bedarfs dieser Bevölkerungsgruppe Unterstützung durch eine Seniorengenossenschaft zu erhalten.
- 7) Befragung bestehender Genossenschaften (Konsum- und Wohnungsbau-genossenschaften)

Ziel der Befragung ist zu analysieren, inwieweit Interesse und Bereitschaft besteht, eigene Leistungsportfolios mit den Tätigkeiten einer Seniorengenossenschaft zu erweitern. Die quantitativen Erhebungen wurden durch Interviews und Fokusgruppen mit Expertinnen und Experten ergänzt. In diesen wurden neben der gesellschaftlichen oder der politischen Relevanz auch Aussagen z. B. zu möglichen Vorbehalten gegenüber diesen Organisationen der gegenseitigen Selbsthilfe evaluiert. Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus ermöglichte es zudem, ergänzend ähnliche Modelle zu identifizieren, die Unterstützung im Alter durch engagierte Bürgerinnen und Bürgern selbst organisieren. Dadurch konnten wertvolle Hinweise gewonnen werden, welche weiteren Möglichkeiten und Facetten der Unterstützung älterer Menschen denkbar sind und in wieweit diese für nationale Seniorengenossenschaften sinnvolle Alternativen oder Ergänzungen darstellen können.

Ein weiteres Kernstück des Forschungsprojektes sind die demografischen Analysen, welche Aussagen über die zukünftige Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung und insbesondere auch die der Ehrenamtlichen, die sich potenziell in Seniorengenossenschaften engagieren, erlauben. Durch diese Verknüpfung lassen sich Regionen identifizieren, die zukünftig nicht nur einen höheren Anteil an Seniorinnen und Senioren haben, sondern auch auf ein mehr oder weniger großes Potential an ehrenamtlichen Leistungen zurückgreifen können.

Durch die kontinuierliche Einbindung von Projektpartnerinnen und Projektpartnern sowie durch den regelmäßigen Austausch mit Seniorengenossenschaften wurde die Umsetzbarkeit der Ergebnisse und der Praxisbezug gewährleistet. Zudem wurden parallel zu den Forschungstätigkeiten zwei bestehende bzw. in Gründung befindliche Seniorengenossenschaften evaluiert.

Um dem hohen Informationsbedarf in der Bevölkerung Rechnung zu tragen wurde ein bundesweit erster Newsletter „Seniorengenossenschaften“ zur Verfügung gestellt (www.nachbar-plus.de/newsletter). Ein Internetauftritt (www.nachbar-plus.de) sowie ein Social Media-Kanal (Facebook: /seniorenge-

nossenschaft) ergänzen das Informationsangebot.

Seniorengenossenschaften im Fokus

Die Analyse der quantitativen und qualitativen Datenerhebungen sowie die Berücksichtigung der Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Gründung und Betreiben einer Seniorengenossenschaft ergaben die folgenden wesentlichen Ergebnisse.

Gründungen von Seniorengenossenschaften
Im Jahr 1990 wurden die ersten Seniorengenossenschaften in Deutschland im Rahmen eines Modellprojektes in Baden-Württemberg gegründet. Sieben der zehn ursprünglich geförderten Initiativen existieren aktuell noch immer. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der Seniorengenossenschaften auf 220 erhöht. 57 Prozent aller dieser Initiativen wurden in den letzten 10 Jahren etabliert. Mögliche Gründe für diese hohe Anzahl an Neugründungen in den letzten Jahren könnten die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 2006 und die öffentliche (zeitlich begrenzte) Förderung in einzelnen Bundesländern sein. Der Gründungsprozess dauerte bei 38 Prozent der Seniorengenossenschaften bis zu fünf Jahre. In jeder zweiten Initiative können bis zur offiziellen Gründung mehr als 30 Mitglieder gewonnen werden (51 Prozent), durchschnittlich liegt die Anzahl der Gründungsmitglieder bei 36 Personen.

Häufig werden diese Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit aus eigener Betroffenheit und dem Erleben eines Defizits vor Ort gegründet. Andere Motive sind u.a. der Wunsch nach einem individuellen Engagement unter Einsatz der eigenen Fähigkeiten sowie die Vernetzung und der Kontakt zu anderen. Die defizitäre Versorgung älterer Menschen vor Ort wurde als zentraler Ausgangspunkt für die Gründung von Seniorengenossenschaften (81 Prozent sehr bzw. eher wichtig) benannt. Begleitend sind geeignete Finanzierungsmöglichkeiten (42 Prozent) und die Gründung als strategische Entscheidung für die Zukunft (50 Prozent) ebenfalls von großer Bedeutung. Als eine neue Form des Wirtschaftens werden Seniorengenossenschaften im Gründungsprozess zu 55 Prozent eingeschätzt.

Struktur bestehender Genossenschaften

Auch wenn die Bezeichnung „Seniorengenossenschaften“ das Tragen der Rechtsform eG vermuten lässt, so sind lediglich 6 Prozent aller Initiativen als eingetragene Genossenschaften tätig. Einige Initiativen wählten die GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) oder die GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) als geeigneten rechtlichen Rahmen ihrer Tätigkeit, mit knapp drei Prozent ist der Anteil dieser Organisationstypen jedoch gering. Andere Initiativen wiederum sind als nicht eingetragene Vereine tätig oder arbeiten in kirchlicher Trägerschaft. In den Ergebnissen zeigt sich jedoch die Bevorzugung der Rechtsform des eingetragenen Vereins (e.V.) deutlich: 81 Prozent aller Seniorengenossenschaften sind als e.V. organisiert.

Unabhängig von der gewählten Rechtsform vermitteln Seniorengenossenschaften die Leistungen zwischen ihren Mitgliedern, die vor Ort als Ergänzung zu professionellen Diensten angeboten und nachgefragt werden. Sie reichen von Leistungen der erweiterten Nachbarschaftshilfen über Angebote zur Freizeitgestaltung, generationenübergreifenden Aktivitäten und Beratungsleistungen bis hin zur Koordination von Seniorenhilfe sowie ehrenamtlichen Leistungen bei der Mitarbeit in den Seniorengenossenschaften. Die am häufigsten nachgefragten und angebotenen Unterstützungen sind mit 85 Prozent Einkaufsdienste und Besorgungen. Auch Begleitsdienste und Ämtergänge werden mit 84 Prozent und geselliges Beisammensein mit 81 Prozent häufig zur Verfügung gestellt.

Fast so vielfältig wie das Leistungsportfolio der Seniorengenossenschaften sind deren Anerkennungsmodelle. Um den indirekten Austausch von Unterstützungsleistungen zu ermöglichen, erhalten die Mitglieder nach dem Erbringen der jeweiligen Tätigkeit eine Gutschrift auf ein für sie geführtes Verrechnungskonto bei der Seniorengenossenschaft. In der Praxis werden vor allem die Anerkennungsmodelle „Zeit“, „Punkte“ und „Geld“ genutzt. Jedes der Modelle hat spezifische Anwendungsmöglichkeiten bzw. Vor- und Nachteile. Für die individuelle Anwendung ist es sinnvoll, die Bedingungen vor Ort zu analysieren, die Möglichkeiten und Grenzen auf die eigene Situation zu beziehen und auch die

Tabelle 1: Leistungsportfolio von Seniorengenossenschaften

Erweiterte Nachbarschaftshilfe	
Einkaufsdienste/ Besorgungen (85 %)	Schreibhilfen/ Bürotätigkeiten (64 %)
Begleitedienste/ Ämtergänge (84 %)	Hilfen bei Erkrankungen (50 %)
Fahrdienste (79 %)	Winterdienst (40 %)
Handwerkliche Hilfe (79 %)	Grabpflege (36 %)
Besuchsdienste (78 %)	Hausaufsicht im Urlaub, bei Abwesenheit (27 %)
Hilfen im Garten (75 %)	Essensdienst (25 %)
Hilfen im Haushalt (71 %)	Sonstige Hilfen (Umzugshilfen/ Übersetzungen/ sprachliche Hilfen, 21 %)
Technische Hilfen (PC etc., 66 %)	
Freizeitgestaltung	
Geselliges Beisammensein (81 %)	Bildungsangebote (26 %)
Ausflüge (46 %)	sportliche Aktivitäten (16 %)
Kulturelle Angebote (39 %)	Sonstige Freizeitgestaltung (Vorträge etc. 15 %)
Gesprächsabende (30 %)	
Generationenübergreifende Angebote	
Hilfe für Familien (44 %)	Bewerbungscoaching (12 %)
Hausaufgabenbetreuung (38 %)	Patenschaft (9 %)
Nachhilfe (29 %)	Sonstige Angebote (Beaufsichtigung von Kindern, Leseoma/ -opa etc., 8 %)
Leihgroßeltern (17 %)	
Beratung (durch Fachstellen bzw. qualifizierte Personen etc.)	
Alltagsfragen (44 %)	Rechtliche Fragen (21 %)
Gesundheit/ Pflege (39 %)	Sonstige Beratung (Patientenverfügung, Sicherheit, Rente, Steuern etc., 20 %)
Wohnen/ Wohnungsanpassung 22 %)	
Koordination von Seniorenhilfe, Betreuung	
Entlastung betreuender oder pflegender Angehöriger (48 %)	Trost und Zuspruch (26 %)
Kurzfristige Betreuung bei Krankheit oder nach dem Krankenhaus (35 %)	Betreuung demenziell Erkrankter (25 %)
	Kontakttelefon (24 %)
	Privater Haus-Notruf (5 %)
Mitarbeit in der Seniorengenossenschaft	
Verwaltung (Abrechnung, Ablage etc., 74 %)	Büroarbeiten (Schreibarbeiten, Rundbriefe etc., 48 %)
Öffentlichkeitsarbeit (59 %)	Sonstige Mitarbeit (Gemeinschaft fördernde Aktivitäten, Vorstandsarbeit etc., 24 %)

Quelle: Rosenkranz; Görtler; Fraaß (Technische Hochschule Nürnberg): Eigene Darstellung 2016

Mitglieder rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. So gibt es einzelne Initiativen, die bewusst auf eine Aufwandsentschädigung verzichten, da die Mitglieder ihre erbrachten Leistungen als rein ehrenamtlich und den Aufwand an Fahrtkosten etc. als Spenden betrachten. Andere Organisationen konvertieren alle aufgewendeten Leistungen in Zeit oder Geld (auch Kilometerpauschale

etc.), um den Wert der ehrenamtlich erbrachten Leistungen zu zeigen. In der Praxis kommen auch diverse Mischformen in unterschiedlicher Häufigkeit vor, wie Tabelle 2 zeigt. Dort werden neben den Vor- und Nachteilen auch die Häufigkeit der Abrechnungssysteme der aktuell vorhandenen Seniorengenossenschaften aufgezeigt.

Tabelle 2: Vor- und Nachteile der Anerkennungsmodelle

Modell	Vorteile	Nachteile	
Ohne Aufwandsentschädigung	Ansprüche leiten sich nicht von einer Bezahlung ab	Verlässlichkeit und Probleme bei häufig anfallenden Leistungen	11 %
Ausschließlich geldliche Aufwandsentschädigung	Klare Vereinbarungen gemäß Satzung bzw. Beitragsordnung	Für manche Bedürftige nicht finanzierbar, steuerliche Behandlung (Obergrenze der Übungsleiterpauschale)	16 %
Zeitgutschriften	Keine Inflation: eine Stunde Zeit heute erbracht bedeutet eine Stunde Zeit in fünf Jahren bei Bedarf.	Oftmals kein Anspruch auf Leistungserbringung bei zukünftigem Bedarf. Steuerliche Behandlung von Zeitgutschriften.	17 %
Punkte	Variabel bzw. leistungsgestaffelt einsetzbar (z.B. Glühbirne wechseln ein Punkt, Rasen mähen vier Punkte)	Oftmals kein Anspruch auf Leistungserbringung bei zukünftigem Bedarf.	17 %
Kombination Geld mit Zeit	Flexible Nutzung von Geld (bei aktuellem Bedarf) und Zeit (als Altersvorsorge)	Gefahr der Zweiklassengemeinschaft; Problem, wenn sich viele Mitglieder angesparte Zeit ausbezahlen lassen wollen (Mittel vorhanden?)	21 %
Kombination Zeit mit Punkten	Flexible Nutzung von Zeit (bei aktuellem Bedarf) und Punkten (als Altersvorsorge)	Gefahr der Zweiklassengemeinschaft, genaue und gerechte Umrechnung von Zeit in Punkten notwendig	4 %
Kombination Geld mit Punkten	Flexible Nutzung von Geld (bei aktuellem Bedarf) und Punkten (als Altersvorsorge)	Gefahr der Zweiklassengemeinschaft, Problem, wenn sich viele Mitglieder angesparte Punkte ausbezahlen lassen wollen (Mittel vorhanden?)	17 %
Sonstige Regelungen: z.B. reiner, unmittelbarer Tausch, Regionalwährungen	Flexible, auf den jeweiligen Ort bzw. die jeweilige Region angepasste Lösung, z.B. Kooperation mit Unternehmen, die Punkte oder Taler eintauschen	Brachliegende Ressourcen, bei fehlender Einlösbarkeit, Zufriedenheits- und Motivationsprobleme	4 %

Quelle: Rosenkranz; Görtler; Fraaß (Technische Hochschule Nürnberg): Eigene Darstellung 2016 nach Rosenkranz; Görtler 2013

In der Praxis verwenden die bestehenden Seniorengenossenschaften am Häufigsten eine Kombination von zwei oder drei Anerkennungssystemen.

Regionale Verbreitung und Entstehungsbedingungen

Seniorengenossenschaften lassen sich in jedem Bundesland finden. Dabei variiert die Anzahl und Verteilung dieser deutschlandweit stark. 65 Prozent aller Initiativen sind in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu finden. Die übrigen 69 Seniorengenossenschaften verteilen sich relativ gleichmäßig auf die anderen 13 Bundesländer, weniger verbreitet ist die Idee der Seniorengenossenschaft im Saarland und in Sachsen-Anhalt.

Die Einwohnerzahl der Kommunen hat nur sehr bedingt Einfluss auf das Vorhandensein einer Seniorengenossenschaft. So lassen sich diese Initiativen sowohl in kleineren Städten und Gemeinden als auch in Großstädten gleichermaßen finden. Bei der Analyse der Verbreitung von Seniorengenossenschaften zeigen sich in Kommunen <10.000 Einwohner, 10.000 ≤ 20.000 Einwohner, 20.000 ≤ 50.000 Einwohner, 50.000 ≤ 200.000 Einwohner und >200.000 Einwohner jeweils Anteile von 18 bis 22 Prozent. Unterschiede ergeben sich allerdings bei der Betrachtung der Häufigkeit von Seniorengenossenschaften und dem Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in den Kommunen. In Landkreisen/ Städten/ Gemeinden mit einem geringeren Anteil älterer Menschen (unter 18 Prozent) sind 16 Prozent Seniorengenossenschaften zu finden. Mehr als jede zweite Seniorengenossenschaft (55 Prozent) ist hingegen in Kommunen mit einem Anteil von mindestens 20 Prozent älterer Menschen tätig.

Vernetzung und Kooperationen

Seniorengenossenschaften funktionieren dann besonders gut, wenn sie mit anderen Akteuren vor Ort kooperieren. Die Ausprägung der Kooperation ist zwischen den einzelnen Initiativen unterschiedlich. Sie reicht von der Unterstützung bei der Gestaltung

einer Website über das Bereitstellen von Büroräumen bis hin zur Beteiligung als Gründungsmitglied. Seniorengenossenschaften arbeiten durchschnittlich mit vier Kooperationspartnern zusammen. Die am Häufigsten genannten Ansprechpartner sind dabei die Kommunen selbst. So gaben 73 Prozent aller Initiativen an, mit der Stadt oder dem Landkreis zu kooperieren. Auch die Träger der Wohlfahrtspflege (28 Prozent), die Seniorenbeauftragten (33 Prozent) und die Kirchen (29 Prozent) werden relativ häufig genannt. Die wenigsten Seniorengenossenschaften arbeiten hingegen mit Bürgertreffs (10 Prozent), Unternehmen (8 Prozent) sowie mit Schulen bzw. Kindertageseinrichtungen (17 Prozent) zusammen. Eine Vernetzung und Kooperation mit anderen Seniorengenossenschaften gibt nur jede fünfte befragte Initiative (20 Prozent) an, auch der Austausch mit bestehenden Nachbarschaftshilfen (18 Prozent) und Freiwilligenagenturen (15 Prozent) ist verhältnismäßig niedrig.

Ausblick

Im BMBF-Forschungsprojekt „Seniorengenossenschaften“ wurden erstmals umfassende Informationen zu bestehenden Seniorengenossenschaften in Deutschland, deren Entstehungsbedingungen und Rahmenbedingungen, gesammelt und bewertet. Die Ergebnisse zeigen die Vielfalt der Unterstützung im Alter in dieser organisierten, auf Dauer angelegten und professionalisierten Form der Leistungserbringung und Leistungsvermittlung für ältere Menschen. Dennoch wird diese Form der Unterstützung nicht ausschließlich von älteren Menschen genutzt, im Gegenteil: Auch generationenübergreifende Projekte (z.B. Hausaufgabenbetreuung, Lesepaten etc.) werden erfolgreich im Rahmen von Seniorengenossenschaften praktiziert. Möglich ist auch eine indirekte Unterstützung innerhalb von Familien, wenn z.B. Kinder oder Enkel Leistungen erbringen und die Erbringung für ihre Eltern oder Großeltern gutschreiben lassen, damit diese dann bei Bedarf auf entsprechende Leistungen zurückgreifen können. Wesentliche Aspekte, die es beim erfolgreichen Betrieb einer Seniorengenossenschaft zu berücksichtigen gilt, sind neben der Sicher-

stellung der zukünftigen Inanspruchnahme und der Ermittlung der individuell benötigten Leistungen auch die Einbindung und Kommunikation mit bestehenden Organisationen und Einrichtungen vor Ort, um eine „Inselbildung“ von Seniorengenossenschaften zu vermeiden. Insofern stellen Seniorengenossenschaften eine vielfältige, individuell attraktive Möglichkeit der Unterstützung im Alter dar.

Stefanie Fraaß (B.A. Soziale Arbeit) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Projekt „Seniorengenossenschaften“ an der Technischen Hochschule Nürnberg

Kontakt: stefanie.fraass@th-nuernberg.de

Edmund Görtler (Dipl.-Pol.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im BMBF-Projekt „Seniorengenossenschaften“ an der Technischen Hochschule Nürnberg und Leiter von Modus – Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, Bamberg

Kontakt: edmund.goertler@th-nuernberg.de

Prof. Dr. Doris Rosenkranz lehrt und forscht an der Technischen Hochschule Nürnberg zu Bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligenmanagement. Sie berät seit vielen Jahren Verbände und Kommunen praxisnah zu strategischen Fragen des Ehrenamts. Sie ist Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den Zweiten Engagementbericht und Sprecherin der Hochschulkooperation Ehrenamt.

Kontakt: doris.rosenkranz@th-nuernberg.de

Literatur:

- Beyer, Thomas; Görtler, Edmund; Rosenkranz, Doris; Fraaß, Stefanie (Hg.) (2015): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa.
- Calmbach, Lisa (2012): Seniorengenossenschaften und ihre Nutzenpotenziale: eine Betrachtung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen: Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen (39).
- Esswein, Werner; Gand, Kai; Schlieter, Hannes (2015): Sachsen füreinander: Seniorengenossenschaften in Sachsen – Chancen und Perspektiven. In: Thomas Beyer, Edmund Görtler, Doris Rosenkranz und Stefanie Fraaß (Hg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 78–87.
- Fraaß, Stefanie (2015): Seniorengenossenschaften als Gegenstand aktueller Forschung. In: Thomas Beyer, Edmund Görtler, Doris Rosenkranz und Stefanie Fraaß (Hg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 20–28.
- Görtler, Edmund (2015): Seniorengenossenschaften – Vielfalt und Strukturen. In: Thomas Beyer, Edmund Görtler, Doris Rosenkranz und Stefanie Fraaß (Hg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 29–40.
- Köstler, Ursula; Schulz-Nieswandt, Frank (2010): Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren. Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements. s.l.: Kohlhammer Verlag.
- Köstler, Ursula (2006): Seniorengenossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik. Berlin: LIT.
- Otto, Ulrich (1995): Seniorengenossenschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Otto, Ulrich (2015): Die baden-württembergischen Seniorengenossenschaften der 1990er Jahre als Engagementpolitikmotor – „Programmbiografische“ Anmerkungen. In: Thomas Beyer, Edmund Görtler, Doris Rosenkranz und Stefanie Fraaß (Hg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 88–106.
- Rosenkranz, Doris; Beyer, Thomas (2015): Wie wollen wir leben im Alter? Notwendigkeiten und Chancen selbstorganisierter Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft. In: Thomas Beyer, Edmund Görtler, Doris Rosenkranz und Stefanie Fraaß (Hg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 12–19.
- Rosenkranz, Doris; Görtler, Edmund (2013): Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Seniorengenossenschaften“. Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. Hg. v. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen. München.
- Rosenkranz, Doris; Görtler, Edmund; Fraaß, Stefanie (2016): Monitor 07 – Auf gute Nachbarschaft. Zeit für Seniorengenossenschaften. Hg. v. Generali Zukunftsfonds.
- Theurl, Theresia; Wendler, Caroline (2011): Was weiß Deutschland über Genossenschaften? Aachen: Shaker-Verl. (Münstersche Schriften zur Kooperation, 96).

Zur Logik von Seniorengenossenschaften

Ursula Köstler und Frank Schulz-Nieswandt

Einführung

Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit, wie diese Seniorengenossenschaften¹, soziale Selbsthilfegruppen (Schulz-Nieswandt u.a. 2010, Schulz-Nieswandt 2011), aber auch Tauschringe (Köstler 2007), sind moderne Erscheinungsformen der 1990er Jahre. Dabei sind lokale Austauschnetze der Gegenseitigkeitshilfe keine Neuerfindung, denn zur Überwindung defizitärer Situationen auf der Mikro-Ebene gab es schon immer (regional organisierte) soziale Bewegungen. Mit dem Konzept der Seniorengenossenschaft erfolgt eine Neukomposition traditioneller Formen der Solidarität. Praktiziert wird – personalistisch ausgedrückt – eine gelebte partizipative Eigenverantwortung des Einzelnen fundierend auf Gemeinschaft und Gemeinsinn. Bürgerinnen und Bürger unterstützen sich gegenseitig, leben eine Art Zugehörigkeit zu der erlebten Gemeinschaft in der Seniorengenossenschaft. Es entsteht Humankapital, da Kompetenzen generiert, gepflegt und erhalten werden. Weiterhin entsteht auf der Basis von Vertrauenskapital, gelebter Reziprozitätserfahrungen im Netzwerk Seniorengenossenschaft Sozialkapital (Putnam 2001, Franzen u. Freitag 2007).

Im Kontext einer Mehr-Ebenen-Analyse haben sich Initiativen der Gegenseitigkeit auf der Mikro- und Mesoebene etabliert, mangels übergeordneter verbandlicher Trägerorganisationen steht das Eindringen in die Makroebene, der politischen Agenda-setzenden Plattform noch aus. Noch gibt es keine Organisationen in verbandlicher Form auf Landes-, Bundes- und Spitzenverbandsebene wie dies in der Gesundheitsselbsthilfe seit Jahrzehnten – seit 2004 auch gemäß § 140f SGB V – geschieht. Die berechtigte Frage ist, ob Seniorengenossenschaften als Sozialgebilde der Selbsthilfe in Form der Nachbarschaftshilfe, die solidargemeinschaftliche Selbsthilfeformen in Gruppenform leben, eine über-

geordnete verbandliche Formierung überhaupt anstreben sollten. Im Gegensatz zu den Gesundheitsselbsthilfegruppen (Schulz-Nieswandt u. Langenhorst 2015) sind Seniorengenossenschaften weniger (indikativ) fokussiert und eher im Alltag multithematisch angelegt.

Sozialpolitisch, aber auch daseinspsychologisch, stellen sich zentrale Fragen: Was motiviert die Bürgerinnen und Bürger gemeinwohlorientiert tätig zu werden, sich für sich und andere einzusetzen und zusammen mit anderen etwas entstehen zu lassen? Welche Rahmenbedingungen sollte die Förderpolitik initiieren und wie sehen die Bedingungen einer Anerkennungskultur aus?

1. Zur Gemeinwohlorientierung lokaler Gebilde der Gegenseitigkeitshilfe

Die lokalökonomisch als Initiativen des Dritten Sektors (Schulz-Nieswandt u. Köstler 2011) einzuordnenden Seniorengenossenschaften sind wichtige Engagementpartner im Akteursfeld des Gemeinwesens. Bürgerschaftliches Engagement (Schulz-Nieswandt u. Köstler 2009) wird in der Gemeinwesenökonomie (Elsen 2007, 2013) gelebt (Schulz-Nieswandt 2015); in der Literatur wird sogar von einer neuen Engagementkultur gesprochen (Karl u.a. 2008). Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, nicht auf Gewinn ausgerichtet, gemeinwohlorientiert, es findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt. Sich zu engagieren ist demnach keine staatsbürgerliche Verpflichtung. Die Tätigkeit wird nicht bezahlt, sodass kein materieller Nutzen entsteht. Motivationsbasis stellen aber oft persönliche Nutzenaspekte dar. Es entsteht Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Tragend und nachhaltig ist die Entfaltung demokratischer Kompetenzen.

¹ Der Beitrag ist eine einerseits gekürzte, andererseits überarbeitete und erweiterte Fassung von Köstler u. Schulz-Nieswandt 2015

Bürgerinnen und Bürger lassen gemeinsam etwas entstehen, beheben Defizite oder Konflikte und übernehmen Verantwortung.

2. Zur sozialen Sinnhaftigkeit und subjektiven Freude als motivische Haltungen

Unsere qualitative Sozialstudie (Köstler u. Schulz-Nieswandt 2010) hat im Prinzip die bekannte Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement bestätigen können (beispielhaft zu Motiven: Erlinghagen u. Hank 2006, BMFSFJ 2016, GHK 2010, Düx u. a. 2011). Im Rahmen eines explorativen Designs der Tiefeninterviews unter Nutzung validierter Skalen zur Messung von Motiven des sozialen Engagements wurden biographische Interviews mit aktiven Mitgliedern von Seniorenengagements geführt. Wir haben die Ergebnisse, auch die einer vorausgegangen quantitativen Studie (Köstler 2006), theoretisch fundiert (Köstler 2006a, 2006b, 2007, 2007a, 2007b, 2009, 2010, Köstler u. Schulz-Nieswandt 2011), wie noch deutlich werden wird.

Die Teilhabe in Seniorenengagements wird bestimmt von der individuellen Lebenslage (Schulz-Nieswandt 2003, 2006). Von Bedeutung sind zunächst demographische Aspekte wie Alter, Geschlecht, Familienstand und die Einkommenslage (Erwerbstätigkeit, Rente), aber auch das Zeitbudget (verfügbare Freizeit: Erwerbstätigkeit/Rente). Die Bürgerinnen und Bürger verfügen über personale Ressourcen wie kognitive Kompetenz, psychische Widerstandsfähigkeit und emotionale Bearbeitungskapazität, aber auch über Kontextressourcen wie netzwerkorientierte Ressourcen und die Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen. Aber vor allem bestimmen extrinsische und intrinsische Motivationen die Teilhabe.

Die Mitglieder von Seniorenengagements handeln eingebettet in soziale Beziehungsnetze und aus Sinnkontexten heraus. Dies erklärt die Vielfältigkeit der Motive, in das Netzwerk Seniorenengagements einzutreten und dort mitzuarbeiten. Beobachtbar ist auch, dass sich die Motivhaltungen des einzelnen Mitglieds in der Zeit seiner Mitgliedschaft ändern, unter Umständen gibt es auch unterschiedliche Motive zwischen Mit-

gliedergenerationen (Gründungsgeneration, Nachfolgenerationen).

Es sind persönliche Nutzenkomponenten, die die Motivation darstellen. Diese Nutzenkomponenten sind nicht utilitaristisch angelegt (Schulz-Nieswandt 2014), sie schaffen Beziehungen. Es sind Aspekte der Selbst- und Mitbestimmung, Sinnsuche und Sinnerfahrung, des gemeinsamen Schaffens und Erlebens. Gemeinschaftlich wird sich engagiert, im Sinne einer Orientierung auf das Wohl der Mitglieder der Gruppe. Dabei werden Eigeninteressen mit Gemeinwohlinteressen verbunden. Die Mitglieder gestalten das eigene Umfeld mit, setzen eigene Ideen um, nehmen aber auch auf gemeinschaftliche Interessen Rücksicht. Diese informellen Lernprozesse steuern dann Empowermentprozesse.

Unsere qualitative Studie zeigte: Es sind Lebensereignisse, die ein Nachdenken über Neues anstoßen. Im Lebenslauf gelangen Menschen in Lebensabschnitte der Sinnsuche, die Neuorientierungen erzwingen. Das Reüssieren über Vergangenes, das Bewusstwerden der gegenwärtigen Lebenssituation und das Vergegenwärtigen von in die Zukunft gerichteten Sehnsüchten lassen Optionen für Neues attraktiv werden. Genau in dieser Phase des Suchens kann vorhandenes Engagementpotenzial angestoßen werden. Auch Ereignisse, oftmals auch individuell als Krise durchlebt, können ein Nachdenken über Veränderungen im Leben hervorbringen.

Aus der Engagementforschung wissen wir: Ob jemand sich freiwillig für das Gemeinwohl engagiert oder nicht, wird von vielen persönlichen, das Leben begleitenden Faktoren beeinflusst (familiäre Herkunft, Bildung, Berufskarriere, soziale Netzwerke, als positiv oder negativ erlebte Lebensereignisse etc.). Die Vereinsmitglieder haben z. T. lebenslang in persönlichen Erfahrungsräumen und Gelegenheitsstrukturen zivilgesellschaftliche Kompetenzen erworben. Oft wurde schon in anderen Bereichen bürgerschaftliches Engagement gelebt.

Deutlich wird die Dominanz des Motivs der sozial sinnvollen Bestätigung. Damit tritt eine Gemeinwohlkomponente des Handelns zu Tage, die offenbart, dass Bürgerinnen und

Bürger im Dritten und Vierten Lebensalter – diese sind (auch bei Förderung vielfältiger generationenübergreifender Aktivitäten der Vereine) die zentralen Zielgruppen der Seniorengenossenschaften – mit ihrem Engagement die Freude und den Spaß am Tun verknüpfen. Es geht um Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Partizipation, eben um Formen des sozialen Miteinanders.

3. Zum genossenschaftlichen Formprinzip des Gebildes

Die in der Rechtsform des eingetragenen Vereins tätigen Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit subsumieren sich unter den Begriff Seniorengenossenschaft, der morphologisch unter den Typus der gemeinwirtschaftlichen Genossenschaft zu fassen ist (Engelhardt 1979; Schulz-Nieswandt 2015). Das Genossenschaftliche ist hier das Formprinzip eines sozialen Gebildes (Schulz-Nieswandt 2014). Die Praktizierung des genossenschaftlichen Gedankens der Hilfe auf Gegenseitigkeit wird dabei soziologisch verstanden und geschieht auf der Grundlage von in Seniorengenossenschaften fundierten sowie dort gelebten generalisierten Reziprozitätsnormen, die letztendlich den Vereinscharakter determinieren. Einerseits sind Seniorengenossenschaften wirtschaftliche Zweckgebilde, die dem Prinzip Leistung – Gegenleistung folgen, andererseits sind die Systeme mehr oder weniger stark geprägt von einer dort gelebten Gesellungsform. Theoretisch fallen diese Gebilde unter Theorien der verschiedenen Formen der Reziprozität. Unsere Studie legte dar, dass das Handeln der Mitglieder in einer auf Gabe basierten Motivation fundiert ist. Die Engagierten offenbaren eine Bereitschaft zum Gabeüberschuss, theoriegeschichtlich u. a. zurückgehend auf Marcel Mauss' *essai sur le don* (1923/24). Dadurch stabilisiert sich die in der Gemeinschaft gelebte generalisierte Reziprozität. Diesen stabilisierenden Aspekt konnten wir auch in einer qualitativen Studie über Neue Wohnformen im Alter zeigen (Schulz-Nieswandt u.a. 2012). Bei den „Tauschhandlungen“ wird mehr als nur gegeben. Es entstehen vielmehr auch soziale Beziehungen, die auf Reziprozitätsnormen basieren und deren Motive die Qualität der Beziehungen

sowie die Qualität des Netzwerkes prägen (Schulz-Nieswandt 2014). Es werden verstärkt Solidarressourcen genutzt, und es wird Sozialkapital geschaffen, indem Potenziale pro-sozialer Einstellung und pro-sozialen Verhaltens aktiviert werden. Damit finden zugleich Umverteilungsprozesse statt, die verstärkt werden durch systemintern verankerte Solidarmechanismen (Sozialfonds, Aufnahme von Nettoempfängern, Erwirtschaften von Zeitpunkten für Andere).

Die Diskussion verweist beim generalisierten Tausch auf ein Trittbrettfahrerproblem (Takahashi 2000). In der Praxis haben Seniorengenossenschaften Mechanismen gegen opportunistisches Verhalten entwickelt. So wird einer möglichen Trittbrettfahrer-Mentalität – neben Reputationsmechanismen (das Büro des Vereins vermittelt geeignete Tauschpartner, auf Gesellungsveranstaltungen werden Erfahrungen ausgetauscht) – mit Solidarmechanismen entgegnet. Neumitglieder, die aus gesundheitlichen Gründen keine Leistungen anbieten können, haben die Möglichkeit, Leistungen gegen Eurobeträge einzukaufen. Auch können Freunde und Bekannte Zeitpunkte an Mitglieder ohne Zeitguthaben abtreten oder für diese Zeitguthaben erwirtschaften.

4. Zu Rahmen und Motiven im Gründungsprozess

Zur erfolgreichen Gründung, zur Verankerung in der lokalen Landschaft und zur nachhaltigen Sicherung von lokalen Austauschnetzen der Gegenseitigkeitshilfe ist ein Zusammenhang zwischen den gegebenen (lokalen) Rahmenbedingungen und der Gründung beobachtbar.

Die Gründungen von Seniorengenossenschaften sind eine Reaktion auf regionale Gegebenheiten und/oder auf Veränderungen in der Region. Wie sind die vorhandenen infrastrukturellen Rahmenbedingungen in der Region? Welche Anbieter gibt es derzeit mit ähnlichem Leistungsangebot? Wie ist die (demographische) Bevölkerungsstruktur? Entscheidend sind dann die Zugangsvoraussetzungen sowie die Zugangsbarrieren zu finanziellen und immateriellen Ressourcen vor Ort. So hat sich die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Behörden und anderen

lokalen Anbietern bei Seniorengenossenschaften als wichtig für die Identitätsbildung des Vereins erwiesen. Auch die rechtlichen Rahmungen (u. a. haftungsrechtliche Aspekte, Unfallversicherungsschutz, steuerrechtliche Handhabung) sind zur Implementierung eines lokalen Austauschnetzes der Gegenseitigkeitshilfe entscheidend.

Unsere Studie konnte im Rahmen der biographischen Interviews mit Gründungsmitgliedern zeigen: Gründungssetzend ist eine Gruppe von Gründungsinitiatoren mit ausgeprägtem Motivationspotenzial – oftmals mit den Eigenschaften eines charismatischen social entrepreneurs (Beyes u. Jäger 2005). Überzeugt von der Idee, setzen die Gründungsinitiatoren die Informationsverbreitung in Gang, mobilisieren finanzielle und netzwerkartige Ressourcen, Humankapital und Sozialkapital. Es erfolgt eine Institutionalisierung und Identitätsbildung des Vereins. Ziel in der Gründungsphase ist es, dass es die Initiatoren schaffen, den Verein auf eine breite Mitgliederbasis zu stellen. Der Verein etabliert sich neu im Stadtbild und präsentiert sich in den lokalen Medien schwerpunktmäßig mit dem Differenzierungsmerkmal des Zeitkontensystems. Das Zeitgutscheinsystem macht neugierig und bildet zumindest für ein erstes Interesse am Verein ein Anreizsystem der extrinsischen Motivkonstellation. Im Rahmen unserer Studie wurde allerdings deutlich, dass für Mitglieder einer Seniorengenossenschaft die Möglichkeit, Hilfeleistungen zu Preisen weit unter dem Marktpreis zu erhalten (wenn keine Zeitpunkte zum Tausch angesammelt wurden), nur in Ausnahmefällen ein Teilhabemotiv darstellt. Dies zeigt, dass die Motive der Teilhabe an Seniorengenossenschaften größtenteils vertragstheoretischen Argumentationen nicht standhalten.

5. Zur Förderung stabilisierender Rahmenbedingungen

Seniorengenossenschaften sind im Lebenszyklus stabil. Einige Vereine sind schon im 25. Vereinsjahr. Zur zentralen Zielsetzung der Nachhaltigkeit gehört es, eine Förderpolitik der stabilisierenden Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Handeln zu initiieren. Beispielsweise sollte der Zugang zum

Gemeinnützigkeitsstatus für Formen der Selbsthilfe erleichtert werden. Ansätze in diese Richtung sind durch den § 52 (2) 25 AO (Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements) geschehen. Auch wäre denkbar, Seniorengenossenschaften als neue Form der Selbsthilfe anzuerkennen, sodass diese unter die Förderung des § 20 c SGB V (Gesundheitsselfhilfegruppen) fallen. Hier könnten die präventiven Wirkungen der Teilhabe auf die Gesundheit als Argument angeführt werden. So ist in der Literatur belegt, dass ein Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und der subjektiven sowie objektiven Gesundheitseinschätzung bzw. dem psychischen Wohlempfinden der Engagierten existiert (Haski-Leventhal 2009, Hank u. Erlinghagen 2010). Auch unsere Studie konnte dies aufzeigen.

Jede Seniorengenossenschaft hat ihre eigene Corporate Identity, derer sich der Verein klar bewusst sein muss und mit der sich die Mitglieder identifizieren. Die Vereinsidentität ist das Merkmal, über das der Verein öffentlichkeitswirksam wahrgenommen wird und daran gilt es förderpolitische Maßnahmen anzudocken. So ist die erfolgreiche Identitätsformation der Seniorengenossenschaft – im Sinne eines andauernden Prozesses – das Merkmal, das die Wirkungsgrade und die Erfolgsperspektiven des Konzepts ausmacht (Häußling 2010). Nachhaltig tragend sind somit Förderkonzepte, die eine aktive Zusammenarbeit zwischen Seniorengenossenschaften, regionalen Vereinen und den lokalen Behörden unterstützen. Dies gilt bei projektbezogenen Arbeiten, aber auch bei der Öffentlichkeitsarbeit. Dies schließt eine Anerkennungskultur mit ein.

6. Zur gelebten Anerkennungskultur

Das Engagement in Seniorengenossenschaften steht beispielhaft für zahlreiche Engagementformen des neuen Ehrenamts wie u. a. die Mitarbeit in Freiwilligenagenturen, in Seniorenbüros, das Engagement in Projekten des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste und unter dem Motto „eine neue Kultur der Freiwilligkeit“ der Bundesfreiwilligendienst (BMFSJS 2011). Gemeinsam ist diesen Förderprogrammen, dass sie versuchen, Anreizstruktu-

ren für die Teilhabe an Projekten zu schaffen, in denen sich Menschen für das Gemeinwohl einsetzen und gemeinsam mit anderen Menschen etwas entstehen lassen. Als Nebeneffekt zielt ein Großteil der Projekte mit generationsübergreifenden Blickwinkeln schwerpunktmäßig auf die Gruppe der Bürgerinnen und Bürger, die kurz vor und in der Statuspassage der Verrentung offen für neue Verantwortungsrollen sind und über ein vielfältiges, positiv für die Generationenbeziehungen nutzbares Erfahrungswissen verfügen.

Dies erfordert eine gelebte Anerkennungskultur. Neben finanziellen Formen der Wertschätzung (Übungsleiterpauschale § 3 Nr.26 EStG) werden verstärkt nicht-monetäre Arten von Anerkennung etabliert. Praktizierte Formen sind dabei: Ehrenamt-Pass, Förderpreise für Ehrenamtliches Engagement, Dankeschönfeste, Ehrung mit der Bundesverdienstmedaille, Ehrenamtstestat, Ehrenamtsnadel, Sportplakette etc. Aber letztendlich sind es die intrinsischen Motivkonstellationen (soziale Sinnhaftigkeit und Freude), die eine Grundlage für ein lebenslaufbezogenes zivilgesellschaftliches Engagement legen. Folgen wir dem dreistufigen Anerkennungsbegriff von Ricoeur (2004), *reconnaissance*, *reconnaissance de soi-même*, *reconnaissance mutuelle*, werden die Gegenseitigkeitsbeziehungen beim Engagement sowie die daraus erfolgende Wertigkeit fundamental. Demnach sollte die Anerkennungskultur gerade dahingehend ausgeweitet werden, dass die Möglichkeitsstrukturen für Wirksamkeitserfahrungen, die die Person letztendlich nur mit anderen zusammen erfahren kann, erweitert werden.

7. Zur Schaffung von Möglichkeitsräumen für Wirksamkeitserfahrungen

Sich auf die Idee Seniorengenossenschaft einzulassen, an die Idee Seniorengenossenschaft zu glauben und diese aktiv mit Leben zu füllen, setzt einen hohen Identifikationsgrad mit den Zielen des jeweiligen Vereins voraus. Von zentraler Bedeutung ist das Erleben positiver Wirksamkeitserfahrungen für die Beteiligten (Bandura 1997). Es geht um eine innere Haltung zum Tun, die positiv ausgerichtet sein sollte, damit die Beteiligten

selbst für Erfolgserlebnisse sorgen können. Sind Personen davon überzeugt, dass sie fähig sind, die Handlungen ausführen zu können und dass diese Handlungen zu den zielgesetzten Ergebnissen führen, dann engagieren sie sich. Somit hat eine Person mit einer hohen Selbstwirksamkeitserwartung eine positive Einstellung, dass sie über die notwendigen personalen Kompetenzen zur Bewältigung der Aufgaben verfügt. Mehr noch, nach der Selbstwirksamkeitstheorie kommt es zu Verhaltensveränderungen, bedingt durch eine sich ändernde Einschätzung personaler Kompetenzen und durch die Erwartung an eine Wirksamkeit der Person. Zudem lassen sich dieser Stelle Parallelen zur Arbeit von Schülergenossenschaften anstellen (Göler von Ravensburg 2014). Auch die qualitative Studie zum Studentischen Forum für Integration und Bildung e. V., einem Mentoringkonzept ehrenamtlich tätiger studentischer Nachhilfetutoren (Vetter 2014), und unsere qualitative Studie zu Nightline Köln e. V., einem Zuhör- und Informationstelefon von Studierenden für Studierende (Köstler 2012), legen die Dominanz der Motivkonstellation (soziale Sinnhaftigkeit und subjektive Freude, bei engagierten jungen Erwachsenen gepaart mit dem Motiv der Erlangung von Soft Skills) offen. Außerdem deuten diese Studien darauf hin, dass die Möglichkeit, beim Engagement positive Wirksamkeitserfahrungen zu erleben, einen weiteren bedeutenden Motivationsantrieb bietet.

Aus der Forschung um lebenslange Lernkonzepte ist bekannt, dass Lernprozesse bis ins Vierte Lebensalter vollzogen werden können (Kruse 2008). Aktuell zeigt die Generali Hochaltrigenstudie (Generali Zukunftsfonds, Kruse u. a. 2014) die Bedeutung der gesellschaftlichen Teilhabe. Dabei sind es gerade generationsübergreifende Engagementfelder, die lebenslange und interkulturelle Lernprozesse leben (Beispiel: Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, BMFSFJ 2013).

Dies sollte sozialpolitisch genutzt werden. Für eine aktive Netzwerkarbeit der Nachhaltigkeit gilt es die lokalen Vernetzungsstrukturen auszubauen, die den unterschiedlichen kommunalen Akteuren Möglichkeitsräume des Engagements bieten (Modellprogramm Aktiv im Alter, Zentrum für zivilgesellschaftlich Entwicklung u. BMFSFJ 2011). Eben

unter der Berücksichtigung, dass die Bürgerinnen und Bürger sozial sinnvolle Aktivitäten betreiben wollen, weniger fremdbestimmt, sondern stärker selbstbestimmt Freude am Engagement erleben wollen. Eine lebendige Gemeinwesenökonomie und eine inklusive lokale Kultur angesichts des homo patiens (Schulz-Nieswandt 2013, 2015a, 2016) bedeutet demnach, voneinander Kenntnis zu erlangen, in vertikale und horizontale Vernetzungen zu treten und die Akteure und Organisationen der verschiedenen Bereiche des Bürgerschaftlichen Engagements aktiv in die kommunale Infrastruktur einzubinden (Schulz-Nieswandt 2015b, 2015c).

Dr. rer. pol. Ursula Köstler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung im Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Kontakt: ursula.koestler@uni-koeln.de

Univ.-Prof. Hon.-Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, ist Prodekan für Lehre, Studium und Studienreform der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, dort Professor für Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung und Direktor des Seminars für Genossenschaftswesen im Institut für Soziologie und Sozialpsychologie; Honorarprofessor für Sozialökonomie der Pflege an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar.

Kontakt: schulz-nieswandt@wiso.uni-koeln.de

Literatur:

- Bandura, A. (1997): Self-efficacy. The exercise of control. New York, Freeman.
- Beyes, T u. Jäger, U. (2005): Erforschung Multidiskursiver Organisationen. NPO-Management aus systemtheoretischer Sicht. In: Die Betriebswirtschaft 2005 (6), S. 627-245.
- BMFSFJ (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland - Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin.
- BMFSFJ (2011): Zeit, das Richtige zu tun. Freiwillig engagiert in Deutschland - Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr. Berlin.
- BMFSFJ (2013): Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II: Wo Menschen aller Generationen sich begegnen. Berlin.
- Düx, W.; Rauschenbach, T. u. Züchner, I. (2011): Bürgerschaftliches Engagement in der Jugendarbeit. In: Olk, T. u. Hartnuß, B. (Hrsg.) Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim, Juventa, S. 329-342.
- Elsen, S. (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. Weinheim, Juventa.
- Elsen, S. (2013): Gemeinwesenökonomie – Überlegungen zu einem Handlungs- und Forschungsfeld Sozialer Arbeit. In: Stövesand, S.; Stoik, C. u. Troxler, U. (Hrsg.) Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen, Budrich.
- Engelhardt, W. (1979): Zur Frage der Gemeinwirtschaftlichkeit von Genossenschaften. In: ZfgG, 29, S. 13-28.
- Erlinghagen, M. u. Hank, K. (2006): Participation of older Europeans in volunteer work. In: Ageing & Society 4, S. 567-584.
- Franzen, A. u. Freitag, M. (2007): Sozialkapital. Wiesbaden, VS.
- Generali Zukunftsfonds (Hrsg.), Kruse, A. u. a. (2014): Der Ältesten Rat. Generali Hochaltrigenstudie: Teilhabe im hohen Alter. Köln, Online unter: http://zukunftsfonds.generalideutschland.de/cms/content/gdinternet/binary/JQtJ7NpS-d6rp4j3huSw5HUtqjAlsUlsSVMqncjdFq_7DdLmlBocd9HN7xKe613-p8SYRCixbfp3wMI-QRvG_UXFcMDGhNBubf2o4t2PBdV7s9VftrHAMHt7_DT7FDMnl/Generali%20Hochaltrigenstudie%20kompakt_DOWNLOAD.pdf
- GHK (2010): Volunteering in the European Union. DG EAC, Brüssel.
- Göler von Ravensburg, N. (2014): Schülergenossenschaft. Pädagogische Potenziale genossenschaftlich organisierter Schülerformen. Baden-Baden, Nomos.
- Häußling, R. (2010): Zum Design(begriff) der Netzwerkgesellschaft. Design als zentrales Element der Identitätsformation in Netzwerken. In: Fuhse, J. u. Mützel, S. Relationale Soziologie. Wiesbaden, VS, S. 137-162.
- Hank, K. u. Erlinghagen, M (2010): Volunteering in „Old“ Europe: Patterns, Potentials, Limitations. In: Journal of Applied Gerontology, 1, S. 3-20.
- Haski-Leventhal, D. (2009): Elderly Volunteering and Well-Being: A Cross-European Comparison Based on SHARE Data. In: Voluntas, 20, S. 388-404.
- Karl, F.; Aner, K.; Bettmer, F. u. Olbermann, E. (2008): Perspektive einer neuen Engagementkultur. Wiesbaden, VS.
- Köstler, U. (2006): Seniorengenossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten

- Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik. Münster, LIT.
- Köstler, U. (2006a): Hilfe zur Selbsthilfe – Die Bürger wollen aktiv werden: Motive des Konzepts Senioren-genossenschaften. In: Gesundheits- und Sozialpolitik 2006 (9-10), S. 43-51.
- Köstler, U. (2006b): Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit – Ansätze für ein Reformkonzept der Selbsthilfe. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 2006 (1), S. 4-10.
- Köstler, U. (2007): Aktivierung des Bürgers mittels Zeittauschsystemen, Senioren-genossenschaften sind mehr als nur Tauschringe. In: ZÖGU 4 (30), S. 390-413.
- Köstler, U. (2007a): Senioren-genossenschaften – Selbsthilfegruppen mit Entwicklungspotential. In: ZfG, 57, S. 257-269.
- Köstler, U. (2007b): Unterstützungsnetzwerke im Alter: Die Idee Senioren-genossenschaft – Bürger helfen sich gegenseitig. In: InitiativForum Generationenvertrag IFG (Hrsg.) Altern ist anders: Gelebte Träume – Facetten einer neuen Alter(n)skultur. Münster, LIT, S. 61-66.
- Köstler, U. (2009): Lebenszyklus in Vereinsform tätigen Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit. In: ZÖGU 3 (32), S. 272-281.
- Köstler, U. (2010): Aktivierung von Engagementpotentialen: Der Entscheidungsprozess – in Initiativen der Hilfe auf Gegenseitigkeit im Alter. In: Sozialer Fortschritt 59(1), S. 1-7.
- Köstler, U. (2012): Nightline: Das Zuhör- und Informationstelefon von Studierenden für Studierende. Ein studentisches Projekt zivilgesellschaftlichen Engagements - Entwicklungschancen und Nachhaltigkeitsprofile. Baden-Baden, Nomos.
- Köstler, U. u. Schulz-Nieswandt, F. (2010): Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren. Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements. Stuttgart, Kohlhammer.
- Köstler, U. u. Schulz-Nieswandt, F. (2011): Traditionelle Hilfe zur Selbsthilfe in neuer Form – Gelebte generalisierte Reziprozitätsnormen in Vereinsform. In: Sozial Extra 1/2 2011, S. 50-53.
- Köstler, U. u. Schulz-Nieswandt, F. (2015): Motivation und Anerkennung als Grundlage des Gelingens von Senioren-genossenschaften. In: Beyer, T.; Görtler, E. u. Rosenkranz, D. (Hrsg.) Senioren-genossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim Basel, Beltz Juventa, S. 41-49.
- Kruse, A. (2008): Weiterbildung in der zweiten Lebenshälfte. Bielefeld, wbv.
- Putnam, R. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh, Bertelsmann.
- Ricoeur, P. (2004): *Parcours de la reconnaissance*. Paris, Editions Stock.
- Schulz-Nieswandt, F. (2003): Die Kategorie der Lebenslage - sozial- und verhaltenswissenschaftlich rekonstruiert. In: Karl, F. (Hrsg.), *Sozial- und verhaltenswissenschaftliche Gerontologie*. Weinheim, Juventa, S. 129-139.
- Schulz-Nieswandt, F. (2006): *Sozialpolitik und Alter*. Stuttgart, Kohlhammer.
- Schulz-Nieswandt, F. (2011): *Gesundheitsselbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen in Deutschland*. Baden-Baden, Nomos.
- Schulz-Nieswandt, F. (2013): *Der inklusive Sozialraum. Psychodynamik und kulturelle Grammatik eines sozialen Lernprozesses*. Baden-Baden, Nomos.
- Schulz-Nieswandt, F. (2014): *Onto-Theologie der Gabe und das genossenschaftliche Formprinzip*. Baden-Baden, Nomos.
- Schulz-Nieswandt, F. (2015): *Metamorphosen zur gemeinwirtschaftlichen Genossenschaft. Grenzüberschreitungen in subsidiärer Geometrie und kommunaler Topologie*. Baden-Baden, Nomos.
- Schulz-Nieswandt, F. (2015a): „Sozialpolitik geht über den Fluss“. Zur verborgenen Psychodynamik in der Wissenschaft von der Sozialpolitik. Baden-Baden, Nomos.
- Schulz-Nieswandt, F. (2015b): *Bürgerschaftliches Engagement im Kontext kommunaler Daseinsvorsorge*. In: Exner, S. u. a. (Hrsg.): *Silver-Age, Versorgungsfall oder doch ganz anders? Perspektiven auf Alter(n) und Altsein erweitern!* Baden-Baden: Nomos, S. 58-77.
- Schulz-Nieswandt, F. (2015c): *Gesundheitsbezogene und soziale Selbsthilfegruppen als bürgerschaftliches Engagement im sozialräumlichen Kontext kommunaler Daseinsvorsorge*. In: DAG SHG (Hrsg.): *Selbsthilfegruppenjahrbuch 2015*. Gießen, S. 134-149.
- Schulz-Nieswandt, F. (2016): *Im alltäglichen Labyrinth der sozialpolitischen Ordnungsräume des personalen Erlebnisgeschehens. Eine Selbstbilanz der Forschungen über drei Dekaden*. Berlin, Duncker & Humblot.
- Schulz-Nieswandt, F. u. Köstler, U. (2009): *Bürgerschaftliches Engagement: Grundlagen und Perspektiven*. In: Stoppe, G. (Hrsg.) *Niedrigschwellige Betreuung von Demenzkranken: Grundlagen und Unterrichtsmaterialien*. Stuttgart, Kohlhammer, S. 29-47.
- Schulz-Nieswandt, F. u. Köstler, U. (2011): *Bürgerschaftliches Engagement im Alter, Hintergründe, Formen, Umfang und Funktionen*. Stuttgart, Kohlhammer.
- Schulz-Nieswandt, F.; Alich, S.; Köstler, U.; Mann, K. u. Sauer, M. (2009): *Generationenbeziehungen. Netzwerke zwischen Gabebereitschaft und Gegenseitigkeitsprinzip*. Kölner Beiträge zum Genossenschaftswesen. Münster, LIT.
- Schulz-Nieswandt, F.; Alich, S.; Blome-Drees, J.; Köstler, U. u. Schmale, I. (2010): *Gemeinwirtschaftliche Genossenschaftlichkeit - Das Beispiel der Gesundheitsselbsthilfegruppen*. Unter besonderer Berücksichtigung der Typusbestimmung von Werner Wilhelm Engelhardt: In: ZÖGU 2 (33), 122-158.
- Schulz-Nieswandt, F.; Köstler, U.; Langenhorst, F. u. Marks, H. (2012): *Neue Wohnformen im Alter: Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser. Eine explorativ-qualitative Studie zur „aktivierten Aktivität“ durch Prozesse gegenseitigen Helfens (Reziprozität) in unterschiedlichen Wohnformen als Orte der Nähe und Distanz*. Stuttgart, Kohlhammer.
- Schulz-Nieswandt, F.; Langenhorst, F. (2015): *Gesundheitsbezogene Selbsthilfe in Deutschland. Zu Genealogie, Gestalt, Gestaltwandel und Wirkkreisen solidarischer gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfeorganisationen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Takahashi, N. (2000): *The Emergence of Generalized Exchange*. In: *American Journal of Sociology* 105 (4), S. 1105-1134.
- Vetter, N. (2014): *Mentoring an Schulen, eine Studie zu Bürgerschaftlichem Engagement von Studierenden an weiterführenden Schulen*. Nomos, Baden-Baden.
- Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung und BMFSFJ (Hrsg.) (2011): *Kommune gemeinsam gestalten - Handlungsansätze zur Beteiligung Älterer vor Ort*. Berlin.

Kurzinformationen aus der Altersforschung

Das Potential von Altenhilfevereinen im inklusiven Gemeinwesen

C. Barth und A. Rohrmann, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Bd. 95, 2015, 2, S. 78–81

(...) Hilfe- oder Teilhabevereinen, die als Hilfe zur Selbsthilfe und als Ansatz der Selbstorganisation im Bereich gesellschaftlicher Teilhabe oder alltagsbegleitender Unterstützung, Begleitung und Betreuung zu verstehen sind, [werden] als Strukturen der sozialen Arbeit wenig Beachtung geschenkt. (...) Die Erfahrung der wissenschaftlichen Begleitung der konzeptionell-strategischen Weiterentwicklung eines Altenhilfevereins [Altenhilfe Treysa e.V.] soll (...) genutzt werden, um (...) verallgemeinerbare Erkenntnisse über das Potenzial dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen zu gewinnen. (...) Altenhilfevereine wie der untersuchte haben das Potenzial, zur altersgerechten Quartiersentwicklung in ihrem Gemeinwesen beizutragen. Sie sollten ein solches Vorhaben jedoch nicht alleine realisieren, sondern als Initiator und Kooperationspartner. Insbesondere die Kommunen müssen in ihrer Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge in die Pflicht genommen werden. Die Quartiersentwicklung sollte inklusiv angelegt sein und daher alle Altersgruppen und unterschiedliche Lebenslagen mit in den Blick nehmen. Solche Vorhaben setzen ein projektmäßiges und strategisches Vorgehen voraus. Altenhilfevereine bieten dafür ideale Ausgangsbedingungen, da sie nicht mit Interessen der Erbringung für Leistungen der Pflegeversicherung als konkurrierender Träger auftreten, sondern als seniorenpolitisch Zusammenschlüsse, die durch das Engagement ihrer Mitglieder legitimiert sind.

Quelle: ebd., S. 80–81.

Bocholter Bürgergenossenschaft – Dienstleistungen für das Alter gemeinsam und nachhaltig gestalten

Aufbauend auf die bestehenden Strukturen des gemeinnützigen Vereins Leben im Alter (L-i-A e.V.) wurde in Bocholt das Modellprojekt „Bocholter Bürgergenossenschaft“ (Kurzform bbg) erprobt. Ziel ist es, auf der Grundlage gegenseitiger Selbsthilfe nicht oder kaum marktfähige soziale und haushaltsnahe Dienstleistungen anzubieten, die älteren Menschen einen längeren und selbstständigen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen. Die Hilfen werden durch engagierte Bürgerinnen und Bürger erbracht, die für ihre Tätigkeiten geldhinterlegte Zeitschriften oder eine geringe finanzielle Vergütung (Ehrenamts-/Übungsleiterpauschale) erhalten. Die gegenseitige Hilfe soll im Bedarfsfall durch professionelle Kooperationspartner ergänzt werden. Die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. übernahm die wissenschaftliche Begleitung des Vorhabens.

Für die Realisierung des Vorhabens waren drei aufeinander aufbauende Phasen vorgesehen:

Phase 1: Konzeption und Aufbau. Nach der Analyse der Ausgangssituation erfolgte eine Bedarfs- und Angebotsermittlung, deren Ergebnisse in die Prozessplanung und -steuerung sowie die Konzeptentwicklung des Modellprojekts „Bürgergenossenschaft“ einfließen.

Phase 2: Implementation und Erprobung des Geschäftsmodells. Im Praxistransfer werden die konzeptionellen Grundlagen umgesetzt, evaluiert und an die Erfordernisse der Erprobung angepasst. Um die Konzeptentwicklung und Erprobung des Modellprojekts analysieren zu können, wurde ein umfassendes Evaluationskonzept umgesetzt. Folgende

Aspekte werden dabei berücksichtigt: begleitende und bewertende Evaluation; Messwiederholungsdesign; Erhebung und Auswertung qualitativer und quantitativer Daten; Befragung unterschiedlicher Quellen (z.B. Projektteilnehmer/-innen, relevante lokale Akteure); Einsatz verschiedener Datenerhebungsmethoden (schriftliche Befragung, persönliche Befragung, aktivierende Stadtteilgespräche, Verlaufsprotokolle, Dokumentenanalyse).

Phase 3: Verstetigung des Geschäftsmodells. Unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse sowie unter Einbezug der Akteure wird ein nachhaltiges Finanzierungskonzept erarbeitet und ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickelt. Die abschließende Berichterlegung bezieht die Auswertungen der Erhebungen mit ein; im Hinblick auf die Bewertung der Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse werden Handlungsempfehlungen formuliert.

Weitere Informationen und Download der Broschüre „Soziale Bürgergenossenschaften“ – Handlungsempfehlungen auf Basis der Bocholter Erfahrungen unter www.ffg.tu-dortmund.de/cms/de/Projekte/Lebenslagen_Lebensformen_und_soziale_Integration/Bocholter_Buergergenossenschaft/index.html

Versorgung im Alter beitragen. Dadurch soll auch bei eintretendem Unterstützungsbedarf ein längerer Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden. Gleichzeitig gelten „Senioren-genossenschaften“ als wichtige Strategie, um die gesellschaftliche Teilhabe und das Engagementpotenzial im Alter zu fördern.

S. Lüders, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Bd. 95, 2015, 2, S. 87–90

Quelle: ebd., Abstract

Gegenseitige Selbsthilfe in „Senioren-genossenschaften“

Ein Diskussionsbeitrag zur Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements

Die zunehmende Bedeutung freiwilligen Engagements im Handlungsfeld Alter führt seit einiger Zeit zur (Wieder-)Entdeckung einer bürgerschaftlich organisierten Unterstützungsform: den „Senioren-genossenschaften“. In gegenseitiger Selbsthilfe – und hierin liegt die „Genossenschaftlichkeit“ der meisten Initiativen u.a. begründet – unterstützen sich Senior/innen bei der Bewältigung alltäglicher vor allem altersgebundener Problemlagen. Die Angebote der „Senioren-genossenschaften“ sollen Lücken zwischen staatlichen und marktwirtschaftlichen Leistungen füllen und zu einer verbesserten

20 Jahre erfolgreich Helfen von und mit Senioren – SeniorenNachbarschaftshilfe Hofheim

Volkhard Kiesel

Die südhessische Kreisstadt Hofheim liegt idyllisch an den südlichen Ausläufern des Taunus und wenige Kilometer westlich der Großstadt Frankfurt im Rhein-Main-Gebiet und gehört zum Main-Taunus-Kreis. Die Stadt mit ihren knapp 40.000 Einwohnern besteht aus einer historischen Altstadt, umgeben mit einem relativ großen geschlossenen Wohngebiet sowie fünf überwiegend im Grünen gelegenen Ortsteilen, die ca. 3 bis 12 km um die Kernstadt verteilt sind.

Die Idee zur Vereinsgründung entstand 1996 durch die beruflich gewonnene Erkenntnis von drei ehemaligen Hofheimer Mitarbeitern einer Krankenkasse, dass die Zahl der älteren Menschen immer größer wird, die durch alters- oder krankheitsbedingte Einschränkungen die täglichen Dinge des Alltags zeitweise oder auf Dauer ohne Hilfe nicht mehr eigenständig erledigen können.

Damit es nicht nur bei der Idee einer Seniorenhilfe blieb, mussten sie nach einer Plattform zur Verwirklichung suchen. Bis zur Gründung des Vereins übernahm der seit vielen Jahren bestehende Seniorenbeirat der Stadt Hofheim die Schirmherrschaft, da man sich einig war, dass ein Verein nur dann Erfolgsaussichten hat, wenn er Neutralität in jeglicher Richtung wahrt.

Eine Informationsveranstaltung Anfang 1997 über bestehende Seniorengenossenschaften im Landkreis Offenbach brachte mehrere interessierte Bürger zusammen, die in zahlreichen Treffen überlegten, wie die Idee umgesetzt werden kann. Andere schon bestehende Nachbarschaftshilfe-Vereine wurden besucht, um deren Aufgaben und Organisationsformen kennenzulernen.

Vereinsziele wurden verdeutlicht und eine Satzung entworfen. Einigkeit wurde über die Höhe des Mitgliedsbeitrags erzielt. Die Organisation der Hilfevermittlung und zu beachtende Regelungen wurden vereinbart. Die

Entgeltregelung formuliert die Handhabung der Guthabenzeitpunkte und die geldliche Vergütung bei Hilfen ohne vorhandene Guthabenzeitpunkte. Die Gestaltung der Arbeitsblätter und der Arbeitsablauf innerhalb unseres Büros für die Hilfevermittlung wurden festgelegt.

Innerhalb des kurzen Zeitraums von sechs Monaten lagen die Grundlagen vor. Die bisherigen zwölf Sitzungsteilnehmer luden zur Gründungsversammlung am 11. Juli 1997 ein. Der Vorstand wurde gewählt und die Satzung einschließlich Beitrags- und Entgeltregelung sowie die Organisation der Hilfevermittlung verabschiedet.

Für den Vorstand gab es jetzt viel zu tun. Die Satzung musste beim Vereinsregister eingereicht werden, beim Finanzamt die Gemeinnützigkeit geklärt werden. In welchen Räumen konnten wir mit unserem Büro unterkommen? Der Magistrat der Kreisstadt Hofheim stand der Gründung des Vereins positiv gegenüber und billigte, dass der Verein die zwei städtischen Räume des Seniorenbeirats mitbenutzen durfte. Gebrauchte Möbel und einen neuen Computer mit einem Vereinsprogramm erhielten wir als Spende von der Volksbank Main-Taunus.

Um die erforderlichen ehrenamtlichen Mitglieder zu erreichen, begann eine intensive Pressearbeit mit den örtlichen und regionalen Zeitungen. Ein Faltblatt wurde erstellt, das über die Vereinsziele und mögliche Hilfeleistungen für die älteren Mitbürger informiert. Eine Beitrittserklärung ist jedem Faltblatt beigelegt.

Mit einer in der Hofheimer Zeitung angekündigten Informationsveranstaltung stellte sich der Verein im Oktober 1997 der Hofheimer Öffentlichkeit vor. Das Interesse war groß: ca. 120 Teilnehmer kamen in den Saal des historischen Kellereigebäudes der Stadt Hofheim.

Die ersten neuen Mitglieder meldeten sich spontan an, Beitrittserklärungen waren vorbereitet worden. In den darauffolgenden Wochen wurden die ersten Gespräche mit interessierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geführt. Anfang 1998 zählte der Verein bereits 160 Mitglieder.

Das Büroteam für die Hilfevermittlung wurde zusammengestellt und begann seine Arbeit Anfang 1998. An vier Tagen der Woche organisieren während der zweistündigen Bürozeit jeweils zwei ehrenamtliche Damen und Herren die Hilfesuche und ihre Vermittlung für unsere Seniorinnen und Senioren. Außerhalb der Bürozeit sammelt der Anrufbeantworter die telefonischen Anfragen. Dies ist bis heute so geblieben.

Auf die erste Hilfeleistung mussten wir einige Tage warten: Die Begleitung einer Seniorin zum Frankfurter Hauptbahnhof. Dann trafen die Hilfeanfragen immer häufiger im Büro ein.

Bis zum Ende des ersten Jahres konnten wir 340 Hilfeleistungen vermitteln. Der Start der SeniorenNachbarschaftshilfe in Hofheim war erfolgreich geglückt.

Mit großem Zeitaufwand widmeten wir uns der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die älteren Bürger über die Hilfeangebote des Vereins zu informieren und ihnen Mut zu machen, sich mit ihren kleinen und großen Nöten bei uns zu melden. Um die Effektivität der Senioren-Nachbarschaftshilfe zu gewährleisten, wird diese nur in Hofheim und seinen Ortsteilen und der direkt angrenzenden Gemeinde Kriftel angeboten.

Mit einer Mitgliederzeitung starteten wir gleich im ersten Jahr und informierten unsere Mitglieder und damit indirekt auch deren Freunde, Nachbarn und Bekannten über die Veranstaltungen und Aufgaben des Vereins.

Als ideale Kommunikationsplattform entdeckten wir den jährlichen Neujahrsempfang, zu dem wir Mitglieder und Interessierte jedes Jahr einladen. Die Teilnehmerzahl steigerte sich von Jahr zu Jahr, sicherlich auch dadurch, dass Getränke und Kartoffelsalat mit Würstchen vom Verein gesponsert wurden. Natürlich berichtete die örtliche

Presse damals wie heute über den Jahresauftakt und die zahlreichen weiteren Veranstaltungen des Jahres.

Der Verein wuchs erfreulich schnell auf fast 400 Mitglieder schon am Ende des zweiten Jahres und inzwischen auf mehr als 1.300 Mitglieder zum Jahresbeginn 2016. Die Struktur der Vereinsmitglieder hat sich über die Jahre nicht verändert:

Den Aufgaben und der Zielsetzung des Vereins entsprechend sind 90 % aller Mitglieder älter als 60 Jahre. Mit 40 % ist die Altersgruppe der 70- bis 80-jährigen Mitglieder am stärksten vertreten. 70 % aller Mitglieder sind Frauen und 30 % Männer.

Mit der Beitrittserklärung haben 70 % der Mitglieder Hilfen angeboten. In den vergangenen Jahren wurden ca. 700 bis 800 Hilfeleistungen jährlich vermittelt. Mit über 90 % überwiegt die Nachfrage nach Begleitservice – z.B. zum Arzt, ins Krankenhaus und beim Einkaufen – und Betreuung. Mit Betreuung meinen wir Besuche und Gespräche zu Hause und im Altenheim, gemeinsames Spaziergehen bei Unsicherheit im Bewegungsablauf (mit und ohne Rollator) und vereinzelt kleine Hilfen im Haus und Garten.

Angefordert werden die Hilfesuche von knapp 100 Mitgliedern, geleistet von ca. 80 Mitgliedern im Jahr. Die Hilfeleistungen reichen von einmaliger Hilfe bis zu 70 Einsätzen jährlich für ein hilfeempfangendes Mitglied. Ähnlich ist der Einsatz der hilfeleistenden Mitglieder.

Das Jahr 2004 war der Start einer großen zusätzlichen Herausforderung für den Verein. Die Stadt Hofheim ist zu diesem Zeitpunkt schon über zwanzig Jahre vorbildlich in der Seniorenarbeit aktiv engagiert, indem sie u.a. ein städtisches Seniorenzentrum mit einer Vielzahl von Angeboten für Senioren unterhält. Diese freiwilligen sozialen Leistungen der Kommune waren sehr kostenintensiv und gerieten in den Blickpunkt möglicher Einsparungen. Nach intensiven Beratungen mit den Verantwortlichen der Stadt und innerhalb des Vereins wurde vertraglich festgelegt, die Aktivitäten des städtischen Seniorenzentrums ab 2004 auf die SeniorenNachbarschaftshilfe zu übertragen. Damit wurde

unser Verein auch Verwalter und Betreiber des städtischen Seniorenzentrums. Damit übernahmen wir die Verantwortung für den Besuchs- und Menülieferdienst „Essen auf Rädern“ mit 25 ehrenamtlichen Essensausfahrern und -fahrerinnen, die Organisation von Tages- und Wochenreisen sowie die Organisation der Veranstaltungen und Angebote für Freizeit, Bildung, Kultur und Sport für die Seniorinnen und Senioren der Stadt Hofheim.

Klar war uns, dass wir diese neuen Aufgaben nicht mit einigen ehrenamtlichen Helfern ohne entsprechende Erfahrung durchführen konnten. Es war ein glücklicher Umstand, dass ein mit dieser Seniorenarbeit seit vielen Jahren betrauter und sehr engagierter städtischer Mitarbeiter bereit war, als hauptamtlicher Mitarbeiter in den Verein zu wechseln und die ihm vertrauten Aufgaben und ihre Organisation in die Hand zu nehmen.

Da das Steuerrecht für steuerbegünstigte Vereine nicht ganz einfach zu verstehen ist, haben wir frühzeitig den Rat eines Steuerbüros und die Zustimmung unseres Finanzamtes eingeholt, was mit der Einstellung eines Angestellten zu beachten ist. Die Beauftragung einer Steuerkanzlei für die Gehaltszahlungen unseres angestellten Mitarbeiters einschließlich der Abgaben für Steuer und Sozialversicherungen war sinnvoll und hat uns sicherlich vor Eigenfehlern bewahrt.

Dank vieler ehrenamtlicher Helfer konnten unsere vielfältigen Angebote für die ältere Generation in unserer Stadt erheblich erweitert und auch in einigen Bereichen qualitativ verbessert werden.

In der vereinsinternen Zusammenarbeit haben sich unsere Arbeitskreise für bestimmte Angebotsprogramme und Themen bewährt, in denen die ehrenamtlichen Mitglieder eigenständig und eigenverantwortlich handeln. Dies gilt z.B. für die Organisation der jährlichen ca. 25 Veranstaltungen und Freizeit- und Bildungsreisen, die Redaktions-tätigkeit für unsere Mitgliederzeitung und deren Verteilung oder der Klärung finanztechnischer und steuerrechtlicher Einzelthemen. Die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt in den monatlichen Vorstandssitzungen.

Der Verein finanziert sich durch die satzungsgemäßen und freiwilligen Mitgliedsbeiträge. Vereinzelt gelingt es, für bestimmte Projekte Fördergelder zu erhalten, dies wird aber von Jahr zu Jahr schwieriger. Die Büro- und die Schulungsräume des städtischen Seniorenzentrums befinden sich seit 2010 gut erreichbar in der Altstadt im historischen, barrierefrei gestalteten „Kellereigebäude“, das im Besitz der Stadt Hofheim ist und unserem Verein und den Vereinen des Vereinsrings kostenfrei zur Verfügung steht.

Mit der Seniorenberatungsstelle der Stadt Hofheim besteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in vielen Fragen unserer Seniorenhilfen und Seniorenangebote. Die Mitarbeit im Seniorenbeirat der Stadt Hofheim und helfende Unterstützung einzelner Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen in Hofheim sind für uns selbstverständlich.

Die Erkenntnis der Vereinsgründer, dass immer mehr Menschen im Alter oder durch Krankheit in ihrer Eigenständigkeit eingeschränkt sind und für bestimmte Situationen Hilfe benötigen, die wir als Verein anbieten, hat sich über die Jahre bestätigt. Auch mit unseren Veranstaltungen haben wir stets die altersangepasste Lebensweise unserer älteren Bürger im Auge. Mit der Vielfalt unserer Angebote sehen wir eine wachsende Zahl von Menschen, die unsere ehrenamtliche Unterstützung zu schätzen weiß.

Volkhard Kiesel ist Vorsitzender der SeniorenNachbarschaftsHilfe Hofheim e.V.

Kontakt: snh@hofheimersenioren.de

Weitere Informationen unter: www.hofheimersenioren.de

Kurzinformationen aus Politik und Praxis der Altenhilfe

Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von Senioren-genossenschaften

Leitfaden, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2013

In Zeiten demografischer und struktureller Veränderungen ist es zielführend, neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung älterer Menschen aktiv zu unterstützen. Der Auf- und Ausbau gegenseitiger Unterstützung in koordinierten, verlässlichen, autonom verwalteten und finanzierten Selbsthilfestrukturen in Form von „Senioren-genossenschaften“ können Antworten für die Herausforderungen unserer Zeit bieten. Der (...) praxisorientierte Wegweiser soll den qualitätsgesicherten Aufbau der „Senioren-genossenschaften“ unterstützen und für die meist aus der Bürgerschaft heraus agierenden Akteure eine wertvolle Arbeitshilfe darstellen.

Die Broschüre bietet umfassende Informationen zur Gründung und Ausgestaltung von Senioren-genossenschaften. Typische Leistungen, mögliche Rechtsformen, Finanzierungsmöglichkeiten, Organisation und Koordination, Öffentlichkeitsarbeit, Kontrolle und Qualitätsmanagement, Vernetzung und Nachhaltigkeit von Senioren-genossenschaften sowie die Schritte zur Gründung werden beschrieben und gelungene Beispiele vorgestellt. Daneben enthält die Broschüre viele nützliche Musterformulare wie z.B. Muster für eine Geschäftsordnung.

Download unter: www.stmas.bayern.de/senioren/aktive/genossenschaften.php

Gemeinschaftszentrum Zeitbank e.V. – Die neue Form der Nachbarschaftshilfe

Unmittelbare Folgen des Arbeitsplatzabbaus in Vorpommern sind eine hohe Arbeitslosenquote und die Abwanderung der jüngeren Generationen. Durch die finanziellen Einbußen können sich viele Menschen einfache, professionelle Leistungen wie kleinere Reparaturen oder Hausaufgabenhilfe nicht mehr leisten. Mit der Zeitbank will der Bürgerverein die nachbarschaftlichen Aktivitäten und Hilfen im Landkreis bargeldlos fördern. Das soll jedem Bürger ermöglichen, seine Zeit sinnvoll zu nutzen, sich mit seinen Fähigkeiten einzubringen und im Gegenzug die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen.

Die Zeitbank ist kein Kreditinstitut und bietet daher auch keine Finanzdienstleistungen an, denn die Grundlage ist ein geldloses Zeitaustauschsystem. „Währung“ für die Verrechnung von Hilfsleistungen ist allein die aufgewandte bzw. in Anspruch genommene persönliche Zeit, unabhängig vom Inhalt oder der Qualifikation der Hilfeleistung. Das heißt, dass jeder das anbieten kann, was er gut kann. In der Praxis kann beispielsweise eine Stunde Holz hacken oder Babysitten gegen eine Stunde Haushaltshilfe oder Einkaufen getauscht werden. Im langfristig angelegten Projekt ist es sogar möglich, eine „Zeitrente“ anzusparen – für Lebensphasen, in denen man mehr Hilfe benötigt, als man zurückgeben kann.

Das Projekt wurde im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ vom Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert. Hinzu kam eine finanzielle Förderung des Sozialministeriums Mecklenburg-Vorpommern durch das Programm „Engagement schlägt Brücken“.

Projektbeteiligte sind das Gemeinschaftszentrum Zeitbank e.V. (Projektträger), das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Stadt Eggesin, das Arge Architekturbüro Dirk Bartelt, die Organisation zur Arbeitsförderung und Strukturentwicklung Pasewalk GmbH und der Förderverein für regionale Entwicklung e.V.

Quelle: www.demografie-portal.de/Shared-Docs/Handeln/DE/GutePraxis/Zeitbank.html

AcrossLETS als Plattform für Seniorengenossenschaften

Die typischerweise kleinräumig strukturierten Seniorengenossenschaften bzw. Zeitbanken können auf die vorhandene Infrastruktur der überregionalen Tauschgemeinschaft „AcrossLETS“ zurückgreifen, um ihre spezifischen Bedürfnisse zu erfüllen. Auf diese Weise lassen sich eine Reihe sehr kniffliger Probleme des späteren Betriebs bereits am Anfang lösen.

AcrossLETS ist entstanden als überregionaler Insetrate-Pool und als System zur Abrechnung von Leistungen zwischen Tauschpartnern verschiedener lokaler Tauschringe. Die weit über tausend bundesweit verteilten Teilnehmer tauschen dort nicht nur Übernachtungsmöglichkeiten in anderen Städten, sondern praktisch das gesamte Spektrum an Leistungen, wie sie auch in Tauschringen und Seniorengenossenschaften zu finden sind.

Die Verwaltung von AcrossLETS ist dezentral organisiert, d. h. es können sich Untergruppen bilden, die ihre eigenen Administratoren zur Verwaltung ihrer Teilnehmer bestimmen und sich selbst organisieren.

Quelle und weitere Informationen:
<http://acrosslets.org/de/seniorengenossenschaften.html>

Aus dem Deutschen Zentrum für Altersfragen

So wollen wir leben im Alter! – Senioren-genossenschaften als organisierte Solidarität

*Vortrag von Prof. Dr. Doris Rosenkranz im
Rahmen der DZA-Vortragsreihe*

Demographischer Wandel wie gestiegene Wünsche nach einem individuell bestimmten Lebensstil bis ins hohe Alter verlangen neue Konzepte des Mit- und Füreinanders von Seniorinnen und Senioren. Senioren-genossenschaften sind ein solches, auf zunächst rationalen Hilfebeziehungen beruhendes Modell, das etablierte Formen Sozialer Dienste und kommunaler Daseinsvorsorge durch Elemente Bürgerschaftlichen Engagements ergänzt.

Der Vortrag stellt Ergebnisse der ersten umfassenden empirischen Analyse der bestehenden Senioren-genossenschaften in Deutschland vor. An Beispielen der Praxis werden erfolgreiche Strukturen und Aufgaben-Portfolios beschrieben sowie Motive für die Gründung und den Betrieb dieser aktuellen Form gegenseitiger und verbindlicher Unterstützung erläutert.

*Die Veranstaltung findet am 12.05.2016
von 17:30 bis 19:00 Uhr statt*

Altern in Europa: Soziale Unter- stützung älterer Menschen im Ländervergleich

*Vortrag von Prof. Dr. Martina Brandt, Techni-
sche Universität Dortmund, am 7.4.2016 im
Rahmen der DZA Vortragsreihe*

Der Vortrag widmete sich der Unterstützung im Alltag, die Ältere von anderen Menschen

erhalten. Im Fokus standen dabei Kontexteinflüsse auf (Geschlechter-)Ungleichheiten der sozialen Unterstützung im europäischen Vergleich. Konkret wurden Ergebnisse zu folgenden Fragen berichtet: Wer erhält welche Form der Unterstützung von wem, welche Faktoren sind dabei ausschlaggebend und wie spielen Familie und Staat zusammen? Als Grundlage der empirischen Analysen zu Unterstützungsnetzwerken älterer Eltern und Kinderloser diente der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Abschließend wurde ein Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven gegeben.

*Die Präsentationsfolien des Vortrags sind
auf der Website des DZA (www.dza.de)
erhältlich.*

Freiwilliges Engagement in Deutschland

*Bericht zum Freiwilligensurvey 2014
erschieden*

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Bericht des Freiwilligensurvey veröffentlicht, zentrale Ergebnisse wurden von Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, am 14. April in Berlin vorgestellt.

Das freiwillige Engagement ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zunehmend in den Fokus des gesellschaftlichen Interesses gerückt. Freiwilliges Engagement ist vielfältig, es stellt eine zentrale Form der sozialen Teilhabe dar und es ist wertvoll für die Demokratie. Für eine Engagementpolitik, die das Ziel hat, freiwilliges Engagement zu fördern und zu unterstützen, ist es unerlässlich, auf eine solide Datenbasis über die Verbreitung und den Wandel des freiwilligen Engagements zurückgreifen zu können. Auch für

zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Verbände, Stiftungen oder Bürgerinitiativen sind solche Ergebnisse wertvoll, um auf die gesellschaftlichen Veränderungen und den Wandel im freiwilligen Engagement angemessen reagieren zu können.

Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS) stellt die wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen Engagement in Deutschland dar. Der Freiwilligensurvey wurde 1999 zum ersten Mal durchgeführt und seitdem im fünf-Jahres Rhythmus wiederholt (2004, 2009). Der vorliegende Hauptbericht enthält die Ergebnisse der 4. Welle aus dem Jahr 2014. Die wissenschaftliche Leitung oblag dem Deutschen Zentrum für Altersfragen.

Download des Berichts: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=224190.html

Fachtagung: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen veranstaltet am 23.06.2016 in Berlin die Fachtagung „Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014“, auf der Ergebnisse des Freiwilligensurveys präsentiert und diskutiert werden. Die Veranstaltung richtet sich an Politik, Praxis, Wissenschaft und Medien sowie an die interessierte Öffentlichkeit.

Informationen zum Programm finden Sie auf der Website des DZA: (www.dza.de/forschung/fws/fachtagung-2016.html), Anmeldungen sind über die E-Mail-Adresse fws-tagung@dza.de möglich.

Publikationen

- Berner, F., & Hagen, C. (2015). Herausforderungen einer lokalen Politik für ältere und mit älteren Menschen. *Pro Alter*, 47(6), S. 19-21.
- Block, J. (2015). Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung. In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) (Hrsg.) „Gemeinsam in die Zukunft!“ Dokumentation 11. Deutscher Seniorentag, S. 180-182. Bonn: BAGSO
- Hagen, C., & Berner, F. (2015). Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Themen und Perspektiven des Siebten Altenberichtes. *Seniorenreport*, 20(3), S. 38-44.
- Kondratowitz, H.-J. v. (2015). Aging worlds in contradiction: gerontological observations in the Mediterranean region. *International Journal of Ageing and Later Life*, 10(1), S. 35-54.
- Schüz, B., Westland, J. N., Wurm, S., Tesch-Römer, C., Wolff, J. K., Warner, L. M., & Schwarzer, R. (2016). Regional resources buffer the impact of functional limitations on perceived autonomy in older adults with multiple illnesses. *Psychology and Aging*, 31(2), S. 139-148.
- Wolff, J. K., Lindenberger, U., Brose, A., & Schmiedek, F. (2016). Is available support always helpful for older adults? Exploring the buffering effects of state and trait social support. *The Journals of Gerontology, Series B: Psychological Sciences and Social Sciences*, 71(1), S. 23-34

DZA, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin
PVST, Deutsche Post AG Entgelt bezahlt

A 20690E